

Bezugspreis: Vom 21. - 27. Okt. 1400 Millionen M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 23. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigen-Grundpreise: Die einseitige Komposition ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr ...

Losow versendet Funkprüche ... Was tut die Reichsregierung?

Der meuternde General Losow hat von der Junkstelle in Nürnberg folgenden Funkpruch an die Reichswehr in Berlin, Spandau, Stettin, Hannover, Breslau, Dresden, Frankfurt a. d. O. gerichtet:

„Der Chef der Heeresleitung hat einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, der den Schritt der bayerischen Regierung als gegen die Verfassung gerichtet erklärt. Die bayerische Regierung denkt nicht daran, dem Reich die Treue zu brechen. Niemand übertreibt uns Bayern an Reichstreue. Was wir wollen, ist, daß der bayerischen Regierung und dem bayerischen Generalstaatskommissar von der unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Regierung nichts aufgezwungen werden soll, was Bayern, den Hört deutscher und nationaler Gesinnung, unerschütterlich machen soll.“

Wir haben die selbstverständliche Pflicht, uns in diesem Konflikt hinter die bayerische Regierung und den bayerischen Generalstaatskommissar zu stellen, die mit uns das bedrängte Deutschland schützen wollen.

Die Verpflichtung wird durchgeführt.

ger.: v. Losow, Landeskommandant.“

Die Aktion zur Rettung des deutschen Volkes, die von Bayern aus mit Meuterei und Hochverrat begonnen hat, eilt von Erfolg zu Erfolg. Sie hat mit einem Ruck unsere arme elende Papiermark auf ein Drittel ihres Wertes vom Bortag heruntergeschleudert, und sie hat die rheinische Separationsbewegung ins Rollen gebracht. Sie hat das Reich in Stücke geschlagen und die drohende Hungerkatastrophe fast unentrinnbar gemacht.

Was tut die Berliner Regierung — man weiß nicht, ob man noch „Reichsregierung“ sagen kann — um das Reich zu retten? Sie hat in der Nacht zum Sonntag einen Aufruf an das deutsche Volk und einen Befehl an die Truppen erlassen. Beide waren sehr gut stilisiert. Nur schade — Herr v. Kahr hat Abdruck und Verbreitung dieser vorzüglichen Kundgebungen in Bayern verboten, er hat die Mitteilung verboten, daß solche Kundgebungen existieren, und er hat verboten, dieses Verbot mitzuteilen. Inzwischen nimmt sein Losow die „bayerischen Truppen“ in Pflanz und fünf den Truppen im übrigen Deutschland die Aufforderung zu, sich der in München begründeten Gesellschaft zum Bruch des Treueides sympathisch anzuschließen.

Wenn auch Kahr und sein Losow die Rettung des deutschen Volkes nach sehr eigenartigen Methoden betreiben, so muß man ihnen doch zugestehen: sie wissen, was sie wollen. Mit einer Folgerichtigkeit, die den Reib der Berliner Zuschauer erregt, gehen sie auf ihr Ziel los. Die Verfassung ist für sie ein feines Papier, und die Berliner Regierung ist für sie Luft.

Aber haben sie nicht recht, wenn sie die Berliner Regierung als Luft behandeln? Nehmen sie damit nicht etwa nur eine Entwicklung voraus, die sich in kürzester Zeit vollziehen wird? Die Mitglieder des Reichskabinetts sind wahrlich schon genug gewarnt, um auch etwas gelernt haben zu können. Sie haben gesehen und sehen stündlich schärfer, wohin Schwäche führt. Soll man trotzdem dieses bisher trübste Kapitel deutscher Geschichte überschreiben müssen: „Selbstmord der Reichsregierung?“ „Selbstmord des Reichs?“

Gewiß, es gibt in Deutschland da und dort sonderbare Heilige, die nach außen Pazifisten sind, während es ihnen im Innern gar nicht früh genug losgehen kann. Das ist Torheit. Blutiger Kampf bleibt immer das abscheulichste Mittel, um Gegensätze zum Austrag zu bringen, und er ist desto abscheulicher, je näher die Menschen, die zu diesem Mittel greifen, durch Sprache, Kultur- oder Klassengemeinschaft zueinander gestellt sind. Kein Verständiger wünscht, daß eine energische Politik Bayern gegenüber mit diesem Vektoren beginnen soll — aber man darf doch nicht aus bloßer Angst vor diesem Vektoren darauf verzichten, auch nur das Erste zu tun. Schließlich kann die Staatsgewalt, solange sie noch eine ist, nicht vor dem Verbrechen kapitulieren, um auf alle Fälle Blutvergießen zu vermeiden.

Einstweilen bleiben wir überzeugt, daß die schlimmsten Konsequenzen gerade dann zu vermeiden sind, wenn die Berliner Regierung fest auftritt, und daß gerade dann — vielleicht nur dann — die Möglichkeit besteht, die bayerische Frage zu lösen, ohne daß dabei auch nur ein Tropfen Blut fließt.

Morgen tritt der Reichsrat zusammen! Was soll er tun? Etwa neue Zugeständnisse an Bayern erwirken? Darauf kann sich die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung nicht einlassen. Kahr wünscht als Lohn für erwiesene Reichstreue eine Verfassungsänderung im Sinn des Föderalismus. Ueber Zentralismus und Föderalismus kann

man verschiedener Meinung sein, nicht aber darüber, daß Verfassungsfragen nach Kahr-Losowscher Methode nicht gelöst werden dürfen. Für eine Verfassungsänderung ist die Sozialdemokratie unter diesen Umständen auf keinen Fall zu haben, es gibt also für sie im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit. Im Reichsrat übrigens auch nicht.

Was also soll der Reichsrat tun? Er kann nur dann nützlich wirken, wenn er gegen die bayerischen Stimmen einhellig sich der Reichsregierung für ein energischeres Vorgehen als das bisherige zur Verfügung stellt. Dann ist nur etwas Zeit verloren, aber doch nicht mehr. Die Reichsregierung — dann ist sie wieder eine — kann dann eine Reihe moralischer, verwaltungstechnischer, ökonomischer Druckmittel mit steigender Wirkung zur Anwendung bringen. Sie muß sich vor allem ganz klar auf den Standpunkt stellen, daß es von Rechts wegen keinen bayerischen Ausnahmezustand gibt, also auch keinen bayerischen Generalstaatskommissar, und erst recht keinen Befehlshaber der bayerischen Armee, sondern nur einen Reuterergeneral namens Losow, der vor das Gericht gehört.

Stellt sich die Reichsregierung auf diesen Standpunkt, der allein der Würde und den staatlichen Aufgaben einer wirklichen Regierung entspricht, so wird sie die Rebellen außerhalb Bayerns, die sich schon allenthalben zu rühren beginnen, in Respekt halten und die Massen des Volkes im Reich und auch in Bayern hinter sich haben. Dann wird die Diktatur des Kahr zerrinnen wie ein Schneemann in der Sonne.

Aber die Reichsregierung muß endlich auf klarer Linie marschieren. Sie hat zweimal in nächstlicher Stunde Beschlüsse gefaßt, die einen festen Willen zu zeigen schienen, einmal als dem bayerischen Ausnahmezustand der militärische Reichsausnahmestatus folgte wie der Donner dem Blitz, und dann das zweitemal in ihren Aufrufen vom Sonntag. Aber, eine umgekehrte Penelope, trennt sie bei Tage immer wieder auf, was sie in der Nacht gewebt hat. Ein bleicher Morgen findet bleiche Gesichter und unentschlossene Mienen.

So geht es nicht, Ihr Herren, so geht es wahrhaftig nicht. Wenn Euch Eure Verantwortung nicht heft, sondern bedrückt, so werdet Ihr bald erdrückt sein! An Euch ist es, den verzweifelten, hungernden Massen ein Ziel zu zeigen, ihnen das Bewußtsein zu geben, daß noch ein Wille zum Reich lebendig ist! Laßt die Reichsmacht, an deren Auferstehung wir glauben, für deren Wiederaufrichtung wir kämpfen wollen, nicht auf die letzte klägliche Stufe einer sogenannten Staatsmacht herabsinken, die auf Verzweifelte schießt und vor Hochverrätern kapituliert!

Sozialdemokratischer Aufruf.

München, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Bayern nimmt durch folgende Erklärung Stellung zu den gegenwärtigen Ereignissen:

„Sozialdemokraten! Republikaner! Die Einheit des deutschen Volkes war das Ziel, für das die Generationen wahrhaft deutscher Patrioten ihr Leben eingesetzt haben. Bisher hat nur der jenseits der Grenze stehende Feind ihnen dieses Ziel streitig zu machen gesucht, weil er wußte, daß Deutschlands Größe und sein Ansehen in der Welt die Einheit deutschen Volkstums zur Grundlage und Voraussetzung hat. Es kam der Krieg; furchtbares hat er uns zugefügt, die Einheit des Reiches aber blieb uns erhalten. Die erlittene Niederlage hätte die Deutschen noch fester zusammenschließen müssen, um die Kraft zum Wiederaufstieg zu gewinnen. Kleinliche Selbstsucht, brutale Unduldsamkeit nagten seit den Tagen des Zusammenbruchs am Körper des Reiches und führten uns heute in die größten Erniedrigungen. Durch Selbstzerfleischung soll die deutsche Nation um jede Möglichkeit einheitslichen Wirkens und Wollens gebracht werden. Was einhellig aufs schärfste verurteilt werden muß, die Dienstverweigerung eines hohen Reichswehroffiziers fand die Unterstützung der Regierung eines deutschen Landes. So wurde in der Zeit größter nationaler Bedrängnis die Zerrissenheit vor der Welt offenbar, und unsere äußeren Gegner zu noch brutalerem Vorgehen ermuntert. Die wirtschaftliche Not wird dadurch noch gewaltig gesteigert, und alle wertvollsten Schichten des deutschen Volkes werden vollends zu Boden gedrückt. Wer soll dem Reich in dieser politischen Verfassung noch Hilfe leisten oder Kredite gewähren, dieser Volksgemeinschaft die Lebensversicherung bieten, da es Deutsche sind, die das Reich selbst zerrammern?“

Bayerische Volksgenossen! Die Sozialdemokratie weiß sich eins mit euch in der Liebe zur bayerischen Heimat. Aber sie weiß auch, daß das bayerische Volk in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht nur Geltung finden kann als bewußter und hingebender sich einfügendes

Teil eines großen, einigen deutschen Reiches.

Deshalb will die Sozialdemokratie auch in dieser Stunde höchster Not nichts unversucht lassen, um den Verfall des Reiches aufzuhalten, um die gelockerte Einheit wieder zu festigen. Die aus der freien Wahl des bayerischen Volkes hervorgegangene Vertretung hat jetzt zu sprechen. Die Landtagsfraktion hat einmütig beschlossen, die Einberufung des Landtages herbeizuführen. Wir erwarten von den reichstreuen Bürgern aller Stände und aller politischen Bekenntnisse, daß sie sich mit ihr zusammensuchen im Parlament wie auch sonst in der Öffentlichkeit in dem heißen Bemühen um die Erhaltung des Reiches, in der kraftvollen Abwehr seiner Zerstörung. Die Parteigenossen in allen Orten und in allen Betrieben mögen der geschäftlichen Stunde eingedenk sein und mit Eifer und Hingebung für das einzige politische Ziel in diesen Tagen wirken: „Treue dem Reich, erst recht in den Stunden seiner größten Not!“

Nürnberg, 22. Oktober. (M.B.) In der „Fränkischen Tagespost“ richtet der Bezirksvorsitz der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Frankens einen Aufruf an die Parteimitglieder, in dem er sie auffordert, sich von keiner Seite mißbrauchen zu lassen und nur auf die Weisungen der Parteileitung zu hören. Weiter heißt es in dem Aufruf: Unser ganzes Tun und Denken ist auf Seiten des Reiches. Wir fühlen uns mit dem Reich verbunden. Unsere Kräfte dienen nur dem Gedanken der Erhaltung der Reichseinheit.

Demokraten für Landtagseinberufung.

München, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Bruch mit der Reichsregierung hat am Montagvormittag die Demokraten zu einem Schritt bei der bayerischen Regierung veranlaßt, über den die Demokratische Partei in Bayern folgende Erklärung von sich gibt:

„Die Sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat in Gemeinschaft mit den bayerischen Reichstagsabgeordneten der Partei bei der Staatsregierung Protest dagegen erhoben, daß durch das verfassungswidrige Vorgehen in Bayern die deutsche Einheit gefährdet wird gerade in einem Augenblick, in welchem unser Volk sich in der größten wirtschaftlichen Not befindet, und die französische Gewaltpolitik ihr letztes Ziel an Rhein und Ruhr und damit die Zerrückung Deutschlands zu erreichen strebt.“

Auch die Deutsche Volkspartei in Bayern wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem es u. a. heißt:

„Bismarcks Vermächtnis wankt in seinen Grundfesten. Was eine Welt von Feinden nicht vermochte, was Poincarés teuflischen Ränkeschäften nicht glückte, das soll jetzt durch das alte Erbteil der Deutschen, die Selbstzerfleischung, erreicht werden: die Zerstörung der deutschen Einheit. Wir wenden uns daher in dieser verhängnisvollen Stunde an alle, die gute Deutsche sind, mit dem Ruf: Stellt alles Trennende beiseite, haltet das Reich!“

Stuttgart, 22. Oktober. (M.B.) Staatspräsident Dr. Hiebert hat anlässlich des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern namens der württembergischen Staatsregierung beim Reichskanzler die sofortige Einberufung des Reichsrates beantragt.

Die Reichsregierung marxistisch — sagt Kahr.

München, 22. Oktober. (M.) v. Kahr erklärte dem Vertreter der Tel. Union: Die Reichsregierung ereifert sich über meine Aeußerung, daß der Streit letzten Endes zurückzuführen sei auf den Kampf zweier Weltanschauungen, der marxistischen und der nichtmarxistischen. Es unterliegt für mich und für sehr viele im Reich gar keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Reichsregierung im Sinne des Marxismus steht, dessen Verlangen schon lange darauf gerichtet ist, Bayern, die sogenannte Hochburg der Reaktion, an die marxistische Gestaltung in nördlichen Reichsteilen anzugleichen. Man höre nur die verschiedenen Kampfanlagen der sozialistischen Führer und Zeitungen und frage sich andererseits, ob man der Reichsregierung die Kraft zutraut, sich ständigen landesverräterischen Reden eines Zeigners zu unterbinden. Kahr sagte weiter: Es kann nicht bestritten werden, daß der Marxismus international, also anti-national, das ist undeutsch, eingestellt ist und daß auch in diesem Falle Bayern sein nationales Streben gegen den internationalen Marxismus verteidigt.

München, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Seit einigen Tagen werden in München, vornehmlich bei sogenannten Ostjuden, Hausdurchsuchungen vorgenommen, die nach der Art der Durchführung politischen Charakter haben. Eine größere Zahl dieser Leute wurde bereits ausgewiesen, darunter auch solche, die seit mehr als 20 Jahren in München als Geschäftskleute ihren Wohnsitz haben. Eine in der Nacht zum Sonntag vorgenommene Aushebung einer geheimen Versammlung von Kommunistenführern wurde von mehreren Hundertschaften Landespolizei, begleitet von Kriminalbeamten, durchgeführt. Die Aktion gegen die altschließende Villa, in der die Beratung stattfand, dauerte bis in die Vormittagsstunden des Sonntags mit lokaler Inanspruchnahme erheblicher Zuschauer-mengen an. Ansgelamt wurden 32 Personen festgenommen, darunter auch Kommunisten aus Berlin.



## Kampf dem Wirtschaftselend! Zur Sicherstellung der Ernährung.

Der gewaltige Marktsturz, der gestern eingetreten ist und der sich noch weiter fortzusetzen droht, ist die schwerste Gefahr für die Ernährung des Volkes. Es fehlt an Brot und Kartoffeln, den wichtigsten Nahrungsmitteln, und der sonstige Lebensbedarf ist derart im Preise gestiegen, daß er für breite Bevölkerungsschichten, ja sogar für die große Mehrheit des deutschen Volkes unerträglich ist. Hunger und Elend wachsen stündlich. So trostlos sind bereits die Aussichten, daß die Schwierigkeiten zur Sicherstellung der notwendigen Ernährung fast unüberwindlich erscheinen. Die Reichsregierung aber hat die Pflicht, gegen den Hunger anzukämpfen.

Vor allem handelt es sich um die Sicherstellung der hauptsächlichsten Nahrungsmittel. Daß die Bereitstellung von Brot unter Inangriffnahme von Getreidereserven möglich und notwendig ist, haben wir bereits gestern und auch heute an anderer Stelle dargelegt. Auch die Kartoffelzukunft müssen jetzt beschleunigt werden. Ihnen steht entgegen die vollkommene Anarchie in der Preisbildung für Kartoffeln, die die Produzenten abhält, noch vor Eintritt des Frostes große Kartoffelmengen zu verladen, weil sie hoffen, später mehr dafür zu erhalten. Hier kann die einheitliche Festsetzung eines Höchstpreises in Gold mindestens die Lage klären. Man sollte damit nicht zögern und sofort einen Höchstpreis in Gold festsetzen, weil uns nur noch kurze Zeit von der eigentlichen Frostperiode trennt und die Preise ausgemittelt werden muß.

Unbedingt erforderlich ist auch die sofortige und umfassende Einleitung von Volksspeisungen, für die erhöhte Mittel bereitgestellt werden müssen. Die Landwirte, die vor der Abschaffung der Getreideumlage nicht einbringlich genug versichern konnten, daß sie den wirklichen Marktpreisen das tägliche Brot nicht verteuern wollten, haben jetzt die Möglichkeit, durch große Naturalbeiträge die Not der Großstädte zu lindern. Gleichwohl glauben wir an einen wirklichen Erfolg nicht, wenn nicht durch irgendeine Umlage erhöhte Lebensmittelmengen für die Volksspeisung verfügbar gemacht werden.

Alles das sind nur Behelfsmassnahmen. Aber sie sind unverzüglich notwendig, da sonst dieses Währungselend vom Volke nicht mehr ertragen werden kann. Der neue Reichsernährungsminister findet hier ein Tätigkeitsfeld vor, auf dem er gleich in den ersten Tagen beweisen kann, was er vermag. Eine wirkliche Bekämpfung der Hungersnot wird nur möglich sein durch rascheste Durchführung der Währungsmaßnahmen, die freilich an sich schon von vornherein bedroht sind, wenn es nicht gelangt, die Konflikte im Innern Deutschlands und die Auseinandersetzung mit der Entente einer Lösung näherzubringen.

## Der Sonderbändlerputsch.

Die bis zur Stunde aus dem Rheinlande vorliegenden Nachrichten lassen noch kein bis in alle Einzelheiten klares Bild über die Auswirkungen des Aachener Putschversuches erkennen. Das eine steht aber heute bereits fest: die Lage wird im Rheinlande von Stunde zu Stunde enger. Die Sonderbändler können auf die Unterstützung der Besatzungsmächte rechnen, während die reichstreue Bevölkerung an eine Gegenwehr nicht denken kann. Die rheinische Presse ist der Ueberzeugung, daß es sich nicht nur um einen lokalen Putsch handelt. So schreibt unser Kölner Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, die Vorgänge zeigten eine gewisse Systematik. Vermutlich seien die Stütztruppen aus allen Gegenden des Rheinlandes zum entscheidenden Schlag zusammengezogen worden. Der Gewaltstreich sei eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts des rheinischen Volkes, der nur möglich war durch die Untergrabung der Autorität, die planmäßig durch die Ausweilungen hervorgerufen worden sei. Habgierige Geschäftemacher und vor Hunger verzweifelte Menschen haben der Sonderbändlerparodie Gelingen geleistet. Aber

durch Handstreich sei das rheinische Schicksal nicht zu entscheiden. Wenn sich die Besatzungsmächte hinter die Bewegung stellen, so hätten am Rhein nicht das rheinische Volk, sondern die Bajonette zu entscheiden.

Auch auswärtige Beobachter sind der Ueberzeugung, daß die Verstöße auf Abtrennung des Rheinlandes mit französischer Unterstützung immer stärker werden. So schreibt der Sonderberichterstatter der „Times“ über die augenblickliche Lage des besetzten Gebietes:

„Daß die völlige Abtrennung der rheinischen Gebiete von Deutschland gegen den Willen der Bevölkerung erfolgt, braucht nach den vielen Beweisen ihrer Treue gegenüber dem Reich nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden. Die traurigen volksfremden Gestalten der sogenannten „rheinischen Truppen“, die bei den Demonstrationen und Putschversuchen von den französischen Agenten benutzt werden, beweisen zur Genüge, daß das rheinische Volk nichts mit solchen Unternehmungen zu tun hat. Ebenso wenig aber kann angezweifelt werden, daß die rheinische Bevölkerung der Gewalt mit Gewalt entgegentritt. Ein solcher Schritt würde nur die an sich schon erbarmungswürdige Lage des rheinischen Volkes zu einer der furchtbarsten machen, in der sich je ein Volk befunden hat. Frankreich hat sein Ziel erreicht. Das rheinische Volk ist von seinem Stammlande getrennt und muß über sich ergehen lassen, was Frankreich bestimmt. Weder das deutsche Volk kann seinem reichsten und besten Teile in der Not beifpringen, noch kann es auf die Hilfe anderer Völker rechnen. Gewalt beherrscht das Schicksal der Rheinlande, nicht das Recht.“

Düren, 22. Oktober. (Eca.) Heute nachmittag wurde von rheinischen und auswärtigen Separatisten in Düren die Rheinische Republik ausgerufen. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde das Rathaus, das Landratsamt, die Reichsbank und die übrigen öffentlichen Gebäude sowie einige Privathäuser, darunter die „Dürener Zeitung“, von Separatisten besetzt. Auf dem Balkon des Rathauses wurde die grünweiße Flagge gehißt. Es wurden Plakate angeschlagen, daß die Rheinische Republik proklamiert sei und Maßnahmen gegen jeden Widerstand getroffen seien. Unterschriften sind die Aufrufe von dem Bezirkskommissar Levinghaus und dem Kommissar für Rheinland-Nord Matthes. Der stellvertretende Landrat wurde für abgesetzt erklärt. Der Oberbürgermeister und die städtischen Beamten haben unter Protest erklärt, daß sie im Interesse der Bevölkerung ihren Dienst weiter versehen wollen. Die Zeitungen müssen rheinische Nachrichten zur Vorsicht einzeln einreichen.

Köln, 22. Oktober. (W.B.) Der französische Oberdelegierte in Bonn hat nachmittags der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß eine Armeebefehl ergangen sei, wonach auf Sonderbändler nicht geschossen werden dürfe. Die französische Gendarmarie werde die Vorgänge in Bonn beobachten und feststellen, von wem bei etwaigen Zusammenstößen zuerst geschossen werde. Von französischer Seite wurde dabei betont, daß die Sonderbändler unbewaffnet auftreten. Französisches Militär liege zum sofortigen Eingreifen bereit. Nach sicheren Informationen beabsichtigen die Sonderbändler, die ihre Truppen sammeln und bewachen, sich heute nacht gewaltsam der öffentlichen Gebäude in Bonn zu bemächtigen. Infolge des französischen Schießverbots sind die deutschen Behörden machtlos. Es muß damit gerechnet werden, daß Bonn heute nacht verloren geht.

## Lokale Begrenzung.

Köln, 22. Oktober. (W.B.) Wie aus Aachen gemeldet wird, fanden heute vormittag über das Verlangen der Sonderbändler auf Unterstellung der Aachener Zeitung unter Zensur Verhandlungen der Zeitungsverleger statt. Dedeers erklärte dem „Journal“ zufolge, daß der Marsch nach Norden in der Nacht fortgesetzt werde. Die Sonderbändler würden gleichzeitig nach Rachen-Glabach und zur Eifel marschieren und bei Koblenz vorstoßen. Eine Kolonne werde auf Krefeld und Düsseldorf vorgehen. Weiter liegen folgende Nachrichten vor: In Stolberg verhält man sich einstweilen passiv. Der Bürgermeister erhielt von

Dedeers telephonische Mitteilung, er werde dringend und höflich gebeten, den Dienst weiter zu versehen.

In dem benachbarten Ort Bilsbach wurde die Verwaltung durch Sonderbändler ausgeübt, die den Ordnungsdienst versehen und den Belagerungszustand verhängt haben.

In Erkelenz ist auf dem Landrats- und Bürgermeisteramt von den Sonderbändlern die separatistische Fahne gehißt worden. Die Verwaltung wird von den Sonderbändlern ausgeübt.

Den Dürener Zeitungen wurde von den Sonderbändlern ein Aufruf zur Veröffentlichung zugestellt, in dem es heißt, daß die Volksgewalt in den Händen der Egelinie liege. Zeitungen und Druckschriften dürften nur mit sonderbändlerlicher Genehmigung erscheinen. Versammlungen seien verboten. Die Zeitungen haben die Veröffentlichung zunächst verweigert.

In Euskirchen wurde gestern eine Sonderbändlerversammlung abgehalten, in der Dr. Crumers sprach und die Ausrufung der Rheinischen Republik verkündete. Die Versammlung war von 40 Personen besucht. Zu Aufhebungen ist es nicht gekommen.

In Bonn ist die Lage unverändert.

Der Oberbürgermeister von Koblenz erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Die Polizei werde ihren Dienst weiter versehen und keine andere Ordnung anerkennen. Zu einer Besetzung der öffentlichen Gebäude ist es noch nicht gekommen. Zwischen der Volksmenge und den Sonderbändlern, von denen ein Schuß abgefeuert wurde, kam es zu Prügeleien, dabei wurde ein Sonderbändler verletzt. Französische Kavallerie säuberte die Straßen.

In Krefeld ist die Lage ruhig. Die Parteien verhandeln im Rathaus. Die Sonderbändler nahmen der Feuerwache unter Behaltung von Revolvern ein Auto weg.

In Rheindt sind zahlreiche Sonderbändler eingetroffen, doch herrscht noch Ruhe.

## Die Finanzierung der Sachlieferungen.

Wie wir bereits in einem Teile unserer Sonntagsausgabe meldeten, hat der Bergbauische Verein an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er sich bereit erklärt, die Kohlen- und Kokslieferungen bis zum 1. April 1924 vornehmen zu wollen, wenn das Reich die von der Zechenindustrie aufzubringenden Steuerleistungen als Entgelt für die Lieferungen in Rechnung stellt.

Wie der schwerindustrielle „Tag“ in seiner Nachtausgabe meldet, ist der Vorschlag des Bergbauischen Vereins nach Ansicht der Regierung nicht geeignet, die vom Reich nicht mehr zu tragende finanzielle Belastung zu vermeiden. Sollten die weiteren Besprechungen, die noch vorgesehen sind, zu keinem Ergebnis führen, so würde zur Vermeidung größerer Wirren im Ruhrgebiet nur noch der Weg von Verhandlungen der Wirtschaft mit den Besatzungsbehörden offen stehen, bei denen die Reichsregierung zunächst nicht mehr mitwirken würde.

Nach unserer Kenntnis der Dinge trifft diese Meinung, deren tendenziöser Charakter offensichtlich ist, nicht zu. Das Reichskabinett hat sich vielmehr mit dem Vorschlag des Bergbauischen Vereins im Prinzip einverstanden erklärt.

## Die Wirtschaftskrise des Ruhrgebiets.

Bochum, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Not im Ruhrgebiet ist auf das höchste gestiegen. Die Bergwerke legen nach wie vor Feiertage ein. In voriger Woche waren es deren zwei, in dieser Woche werden es vermutlich vier sein. In der Metallindustrie kann man bereits von einer völligen Stilllegung sprechen. Dasselbe ist im Baugewerbe der Fall. Die Städte sehen sich gezwungen, infolge der Nahrungsmittelnot Volksspeisungen einzurichten. Da ihre eigenen Mittel jedoch beschränkt sind, fordern sie die begüterten Kreise zur Herabgabe von Geld und Lebensmitteln auf. Die Ausnahme des Eisenbahnverkehrs, von der allein eine Besserung zu erwarten ist, geht nur langsam vor sich. In Bochum sind z. B. bis jetzt nur etwa 80 Eisenbahner von der Regie eingestellt worden; allerdings meldet, daß sich am Dienstag eine größere Anzahl zum Dienst melden soll.

## Leonid Andrejew: „Professor Storizyn“.

(Deutsche Uraufführung im Residenztheater.)

Die Frau des berühmten Professors Storizyn betrügt ihren Gatten mit einem Gymnasiallehrer, den sie selbst für einen Schuft hält. Dieser Schmarotzer führt im Hause des Professors das große Wort, läßt dahin seine Freunde ein und raucht des Professors Zigarren. Wolodja, der eine Sohn des Professors, ist auf und davon gegangen, weil er das nicht mitansehen konnte, der zweite Sohn stiehlt des Vaters Bücher und benimmt sich wie ein Räpel. Erklärlicherweise findet der Professor Storizyn dies Familienleben unerfreulich. Zu seinem Glück oder vielmehr, wie sich später herausstellt, zu seinem Unglück, hat er sich ein Gebäude der Philosophie errichtet, in dem er gleichzeitig eine Art Lebenskunst sieht. Er predigt das hohe Lied von der Schönheit. Jeder Mensch hat die Pflicht, schön zu sein, innerlich und äußerlich und auch außerhalb des eigenen Ich Schönheit zu suchen und zu sehen. Die Ueberzeugung dieses Ideals lebt so gewaltig in ihm, daß sie sogar die Tafsachen überdient. Der einmal geleistete Schwur seiner Gattin, innerlich rein zu werden und zu bleiben, gilt ihm mehr als der Augenschein. Er glaubt dem Schwur und hält für Trug, was seine Augen sehen. Seinem Ideal hält er die Treue für seine Umwelt und für sich. Deshalb kann er auch der reinen, zarten Liebe der Fürstin Lubmilla nicht nachgeben, obwohl auch er sie mit der ganzen Innigkeit seines Wesens liebt. Aber die Tafsachen erweisen sich stärker als sein phantastisches Ideal. Seine Frau hat unterschlagen, um den Skandal zu unterdrücken, bietet ihm sein Freund eine Summe an und zerstört das Traumland des Idealisten. Nachdem die Tafsachen nun auch für ihn Wirklichkeit geworden sind, will er mit eisernem Besen sein Haus rein kehren und zerbricht daran.

Bis hierher ist der Stoff des russischen Dichters ibensich. Er hat ihn so kompliziert, daß ihm nichts übrig bleibt, als den gordischen Knoten zu durchhauen. Deshalb macht er den Professor Storizyn gleich in der ersten Szene herzkrank, und das Problem wird geendet, nicht gelöst, indem Storizyn infolge der Aufregungen einem Herzschlag erliegt, was wir von Anfang an befürchtet haben. Das gewaltsame Ende des durch und durch dramatischen Schauspielers ist kein Fehler, es ist nur ein Mangel. Es liefert nicht eine fix und fertige Weltanschauung, wie wir sie bei Ibsen hinzunehmen haben, sondern regt an und klingt in unserer Seele lange nach. Es ist das unerfährte Stück eines fertigen Dichters, das mit wuchtigen Strichen Menschen schafft und das Leben bildhaft gestaltet. Ein anschauliches Gemälde von der Sonne und den Schatten der Seele.

Die Rollenrollen, zu denen das Residenztheater gehört, stehen im Ruf, Starbühnen zu sein. Hier hießen die Sterne Friedrich Kayser und Helene Fehdmer. Die Leistungen dieser beiden waren von überwältigendem Eindruck. Wir geht es jedes-

mal so, daß ich zuerst vergesse, sie jemals in anderen Rollen gesehen zu haben. Die Gestalt scheint jedesmal eigens für sie geschaffen. Die innerliche Jersollenheit der Frau Professor, das Ringen und Duden des Idealisten fanden ihren tiefsten Ausdruck. Diese reifen Darsteller ragten hervor, aber doch nicht so, daß sie die künstlerische Harmonie gestört hätten. Der Regisseur Altman hätte die übrigen Rollen nicht besser verteilten können. Bis auf eine: Annemarie Boose spielte die Fürstin zu überirdisch, zu hingehaucht, zu sehr als himmelnde höhere Tochter, als daß sie glaubhaft gewesen wäre. Ernst Degner.

## Neudeutscher Heldenfang.

(Reklame: „König Wilhelm sah ganz heiter“.)

Herr Dégoüte, General und Streiter,  
Sah am Rhein und dachte heiter,  
Daß das Deutsche Reich kaputt.  
Da trat ein vergnügtes Sinnes  
In sein Kabinett Herr Stinnes,  
Sprach: Bon jour, Monsieur Dégoüte.

Reicht treudeutsch ihm beide Hände,  
Sprach, daß er beehrt sich fände  
Wie einst an des Thrones Glanz.  
Darauf sprach er noch mit Größe  
Von des schwarzen Kares Blöße  
Und der Rot des Vaterlands.

Und mit Frankreich, das wir lieben,  
Wolle er jetzt etwas schieben,  
Einen Garantievertrag  
Gegen Revolutionäre  
Und was sonst noch lözrend wäre,  
Als wie der Achthundentag.

Doch Dégoüte, der ziemlich kalte,  
Machte ein'ge Vorbehalte,  
Lieber Stinnes, rief er aus,  
Nicht distinkt: nur sind Sie, seh ich,  
Sondern auch zu allem fähig — —  
Und dann schmiß er ihn hinaus.

Lags drauf jubelte die Zeitung  
Von der „Allgemeinen Zeitung“:  
Stinnes, Retter aus der Not,  
Du nur kannst von weissen Ketten  
Uns erlösen und erretten  
Mit der Fahne schwarzweißrot!

Siehst du, die Sache macht sich  
Und der dieses Lied erdacht sich,  
Nach der alten Melodie,  
Köble kann er nicht verteuern,  
Aber Goegens Krumpf erneuern  
An die ganze Krumpfanel!

Warum ergraut das Haar? Die neueren Forschungen über die Entstehung der Haar- und Hautfärbung haben ergeben, daß aus farblosen Vorstufen unter Einwirkung eines vom Organismus gebildeten Fermentes dunkel gefärbte, unlösliche Körper entstehen, die sogenannten Pigmente, welche der Haut und dem Haar die Farbe verleihen. Diese Pigmente treten beim Menschen zum Teil schon vor der Geburt auf, besonders früh in den Kopfhaaren und den Flaumhaaren, nämlich im 5. Embryonalmonat; die Hautpigmente bilden sich dagegen meist erst nach der Geburt unter der Einwirkung des Lichtes. Bei den Haaren geht diese Pigmentbildung in den Wurzelzellen vor sich, nicht in den Haarschäften selber, die nur fertiges Pigment enthalten können. Hört die Pigmentbildung in einem wachsenden Haare plötzlich auf, so kann es geschehen, daß der obere Teil gefärbt ist, während der untere Teil infolge Mangelns der Pigmenterzeugung weiß erscheint. Beim gealterten Menschen ist der Pigmentmangel in den Haaren eine normale Erscheinung; über das Zustandekommen dieses Ergrauens standen sich bisher zwei Anschauungen gegenüber. Die eine, die vor allem von dem bekannten Forscher Weischnick vertreten wurde, nahm an, daß das Haar im Alter seinen Farbstoff wieder abgibt, seine Pigmente also wieder verliert. Die andere Ansicht dagegen, deren Richtigkeit jetzt sicher erwiesen ist, nimmt ein Aufhören der Pigmenterzeugung an. Mit Hilfe der neuen biochemischen Methoden ist es gelungen, zu zeigen, daß im Alter in den Haarwurzeln kein pigmentbildendes Ferment mehr vorhanden ist. Da die Haare allmählich ausfallen und unter normalen Bedingungen immer durch neue Haare ersetzt werden, treten nun immer mehr farblose Haare auf, bis schließlich das Grau in reines Weiß übergegangen ist.

Die Durchquerung der Sahara auf dem kürzesten Wege. Eine neue französische Mission wird demnächst aufbrechen, um die Sahara auf dem kürzesten Wege von Agier nach Timbuktu zu durchqueren. Sie bricht von Colomb-Béchar, dem Endpunkt der Oran-Eisenbahn, auf und wird ihren Weg über Adar, Wallen und Tefalit, also durch die westliche Sahara nehmen. Die Weglänge beträgt 1750 Kilometer. Das ist eine sehr viel kürzere Route, als die von Tunis aus bei der ersten glücklichen Durchquerung mit Kraftwagen gewählt wurde. Man hofft, daß es auf dieser Linie möglich sein wird, die Sahara in zwei Tagen mit dem Flugzeug und in weniger als acht Tagen auf dem Landwege zu durchqueren. Die Expedition führt vier „Wüstenaufbauten“ mit, die sich in der Art von Tanks fortbewegen, und ein zusammengebautes Flugzeug, mit dem photographische Aufnahmen gemacht werden sollen. Eine Strecke von 600 Kilometer Wüste, die die Expedition durchmisst, ist bisher noch vollkommen unerforscht.

Unser Musikreferent Dr. Kurt Singer hat einen Lehrauftrag an die Staatliche Hochschule für Musik erhalten. Er wird eine (auch Hospitanten zugängliche) Vorlesung über „Die Beziehungen der Musik zum Nerven- und Seelenleben“ halten.

Der Berliner Volk-Chor veranstaltet am Mittwoch 1/8 Uhr in der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, ein Konzert unter Mitwirkung von Walter Fischer (Orgel), Hans Hülsen (Gesang). Einlaßkarten an der Abendkasse. — Am Montag, den 22. um 1/8 Uhr Chorprobe in der Kula.

In der Gesellschaft für Geschlechtskunde spricht am 24. 8 Uhr in der Kula Redr. 13 Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld über „Verbrechen und Sexualität“.



## Geflüster gegen Bayern.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Die amtliche bayerische Korrespondenz Hoffmann hat eine Darstellung der bayerischen Regierung über den Fall Loffow veröffentlicht, zu der folgendes festzustellen ist:

1. Sie behauptet, der Reichswehrminister habe nach Verhängung des Ausnahmezustandes dem bayerischen Generalen von Preger zugesagt, er werde dem General von Loffow keine materiellen Befehle über die Handhabung des Ausnahmezustandes geben. Diese Angabe ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat dem bayerischen Generalen am 27. September lediglich zugesagt, daß er an diesem Tage dem General von Loffow keine materiellen Befehle geben werde, um ihm zu erleichtern, sich mit dem bayerischen Generalkommissar über die vollziehende Gewalt zu einigen.

2. Die rechtliche Stellung des Generals von Loffow gegenüber dem Generalkommissar wurde am 27. September in Beantwortung einer Anfrage des Generals von Loffow durch ein Telegramm festgelegt, in dem es heißt: Da Reichsrecht vor Landesrecht geht, kann es aber keinem Zweifel unterliegen, daß Ihnen schon jetzt alle Militär- und Zivilbehörden des Wehrkreisesbezirks uneingeschränkt unterstehen und daß Sie alle für notwendig gehaltenen Anordnungen in eigener Verantwortung treffen müssen. Ich bitte, den Empfang meines Befehls, der Sie zum Inhaber der vollziehenden Gewalt macht, durch Fernspruch zu bestätigen. gez. Reichswehrminister Dr. Geßler.

Die Befestigung ging am selben Tage ein. General von Loffow konnte also nicht im Zweifel darüber sein, daß er dem Generalkommissar übergeordnet war.

3. Dem von General von Loffow entsandten Generalkommissar erklärte der Minister, die politische Frage des Verhältnisses der beiden Ausnahmezustände in Bayern werde zwischen den Regierungen geklärt werden; bis dahin solle General von Loffow offene Konflikte mit dem Generalkommissar vermeiden und nur auf gleichmäßige Handhabung des Ausnahmezustandes nach beiden Seiten hinarbeiten. Das Verbot des „Börslichen Beobachters“, das von ihm für das ganze Reich bereits erlassen worden sei, müsse aber unter allen Umständen durchgeführt werden. Um dem von den Münchener Stellen geäußerten Wunsch, das Verbot wenigstens zu befristen, Rechnung zu tragen, werde er es nach acht Tagen wieder aufheben, wenn es jetzt keinem Befehl gemäß durchgeführt würde. Erst als trotz dieses Entgegenkommens das Verbot nicht ausgeführt wurde, erhielt der Minister den Befehl, es nötigenfalls mit Waffengewalt durchzuführen.

4. Zu der Darstellung, die der Bericht der Korrespondenz Hoffmann über die Unterredung des Reichswehrministers mit dem General von Aref hat, wird auf die mehrfachen Schilderungen verwiesen, die hierüber der Presse vom Reichswehrministerium schon zugegangen sind. Der Reichswehrminister hat den Reichskanzler gebeten, seinerseits eine Klärung der Angelegenheit zu veranlassen. Es sei aber jetzt schon bemerkt, daß der Reichswehrminister niemals behauptet hat, auf eine private Aufforderung des Generals von Aref hin nach Augsburg gefahren zu sein.

München, 22. Oktober. (W.B.) Wie die übrigen Truppen des bayerischen Reichswehrkontingents wurden die Truppenteile der Münchener Garnison heute vormittag 11 Uhr nach Verlesung des von der bayerischen Staatsregierung beauftragten Aufrufs auf folgende Formel verpflichtet: „Auf Grund des mir eben vorgelesenen Aufrufes der bayerischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten.“

Die Verpflichtung nahm der Stadtkommandant, General von Danner, im Hofe der Kaserne des früheren 2. Infanterieregiments vor, wo die Truppen in voller Ausrüstung Aufstellung genommen hatten. Nach einer Ansprache des Herrn von Loffow spielte die Musik das Deutschlandlied. Den Schluss des feierlichen Aktes, der ohne Störung vor sich ging, bildete ein Vorbeimarsch der Truppen vor Herrn von Loffow.

## Der sächsische Rätekongress.

Dresden, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die von den Ministern Graue, Heydert und Böttcher nach Chemnitz einberufene Wirtschaftskonferenz war außerordentlich stark besucht. Es waren erschienen: 70 Vertreter von Kontrollausschüssen, 26 Vertreter der Konsumvereine, 102 Vertreter der Gewerkschaften, 16 der Erwerbslosen, 20 von gewerkschaftlichen Bezirksleitungen, 140 Betriebsräte, 15 Vertreter von Aktionsausschüssen. Als Parteivertreter waren erschienen: 7 der SPD., 66 der KPD., und einer der U.S.P.D. Arbeitsminister Graue kennzeichnete in seiner Begrüßungsansprache den Ernst der Lage und die Not. In der Vormittags-Sitzung sprach als erster Redner Wirtschaftsminister Heydert, der die Wirtschaft machte über die im Gange befindliche Notstandsaktion zur Versorgung der bedürftigen Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln und Kohlen. Er betonte den festen Willen der Regierung, daß diese Notstandsaktion auch gegen die Sabotage von Industrie und Bankwesen durchgeführt werde. Finanzminister Böttcher gab ein Bild von der katastrophalen Finanzlage des Reiches und der Länder. Die Beschlüsse müßten unbedingt zu Rotopfern gebracht werden. Arbeitsminister Graue behauptete die furchtbare Notlage der Erwerbslosen und Rentenempfänger. Er stellte fest, wie durch die rückständige Reichsgesetzgebung und die rückständigen kapitalistischen Maßnahmen die Hilfe für die bedürftigen Schichten verhindert wird. Er verwahrte sich dagegen, daß in Sachen besonders zugespitzte Verhältnisse seien. In der Erwerbslosenziffer der deutschen Länder mährere Sachen keineswegs an der Spitze.

An die Vorträge der drei Minister schloß sich eine umfangreiche Aussprache, in der immer wieder die Notwendigkeit des sofortigen Kampfes, insbesondere gegen die Militärdiktatur, unterstrichen wurde. Ein Redner nach dem anderen forderte offenes Austritt der Regierung und die Ausrufung des Generalstreiks gegen den Belagererzustand und die militärischen Rüstungen. Brandier, der kommunistische Ministerialdirektor der Staatskanzlei, schloß vor, über einen Antrag auf Ausrufung des Generalstreiks durch die Wirtschaftskonferenz sofort zu entscheiden. Selbstverständlich könne ein solcher Generalstreikbeschuß nur dann einen Sinn haben, wenn er einstimmig gefaßt werde. Arbeitsminister Graue erklärte, daß eine solche Beschlusfassung nicht zu den Aufgaben dieser Konferenz gehöre; jedenfalls könne er, falls noch über den Generalstreik verhandelt werden soll, sich an diesen Verhandlungen nicht weiter beteiligen. Er schloß vor, den Generalstreikentwurf einer Kommission zu überweisen. Nach kurzer Aussprache wurde eine Kommission eingesetzt, die aus je drei Vertretern der SPD. und KPD. bestand. Diese Kommission legte noch einiger Zeit den Antrag vor, einen Aktionsausschuß, bestehend aus je fünf Vertretern der SPD. und KPD. zu bestimmen, der sofort mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Regierung Verhandlungen über die Ausrufung des Generalstreiks zum Schutze Sachgenossen gegen die Militärdiktatur aufnehmen sollte. Sollten die Spitzenorganisationen und die Regierung diese Forderung ablehnen, so soll der Aktionsausschuß das Recht haben, selbständig den Generalstreik durchzuführen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Von den ablehnenden Stimmen wurde

# Verordnung zur Sicherstellung des Warenverkehrs

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 943) hat die Reichsregierung verordnet:

§ 1. Wer Gegenstände des täglichen Bedarfs im Kleinhandel selbst hält, ist verpflichtet, seine für die Abgabe dieser Waren bestimmten Geschäftsräume während der für Geschäfte dieser Art üblichen Verkaufszeit zur Abgabe von Waren geöffnet zu halten.

§ 2. Verkäufer von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Kleinhandel sind verpflichtet, ihre Waren gegen Entziehung des Preises in Reichsmark abzugeben.

§ 3. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus und Geldstrafe.

§ 4. Von der zuständigen Behörde kann bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1 und 2 der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt werden.

§ 5. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 schuldlos zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Wer es unternimmt, Geschäfte, Verkaufsstände oder son-

stige Warenvertriebsstellen zu plündern, gewalttätig Waren wegzunehmen oder durch Androhung von Gewalt die Abgabe von Ware zu erzwingen, wird, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine härtere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus.

Mit gleicher Strafe wird bestraft, wer zu Handlungen der im Abs. 1 genannten Art aufreist.

§ 7. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, für ausreichenden Schutz der Geschäfte, Verkaufsstände und sonstigen Vertriebsstellen für Gegenstände des täglichen Bedarfs Sorge zu tragen.

§ 8. Die obersten Landesbehörden sind befugt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen. Bestimmungen der obersten Landesbehörde auf Grund weitergehender Ermächtigungen bleiben unberührt.

§ 9. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Der Deviseneinheitskurs wieder eingeführt.

Außerdem ist eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen worden, durch die der Handel mit fremden Geldsorten im ganzen Reichsgebiet nur noch zu Einheitskursen gestattet wird.

der sofortige Generalstreik verlangt. Für die kommunistische Partei wurde erklärt, daß sie den sofortigen Kampf mit den Mitteln eines Generalstreiks für notwendig halte und nur unter den schwersten Bedenken einer Verschiebung durch den Ausschlußbeschuß zustimme. Aber sie wolle unbedingt die Einheitsfront, auch wenn es schwere Opfer koste. Die Mitglieder des Ausschusses wurden nach den Vorschlägen der Parteien sofort gewählt. Angenommen wurde gegen eine Stimme ein Antrag, der den sofortigen Austritt der U.S.P.D.-Minister aus der Reichsregierung und den Austritt der Gewerkschaften aus der Arbeitsgemeinschaft forderte. Dem Ausschuß wurde der Auftrag erteilt, in Braunschweig auf die Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Regierung hinzuwirken und sofort einen gemeinsamen Aufruf an das sächsische und deutsche Proletariat herauszugeben.

Dresden, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem Einmarsch von Reichswehr in Meissen ereignete sich am Montagvormittag ein blutiger Zwischenfall. Die einmarschierende Kavallerie versuchte, einen Zug Erwerbsloser, der den Truppen entgegenmarschierte, zu zerstreuen. Als das nicht sofort gelang, wurden die Erwerbslosen durch eine Kette auseinandergetrieben. Mithin wurden aus einem Hause mehrere Schüsse auf die Reichswehr abgegeben. Daraufhin wurde das Haus unter Maschinengewehrfeuer genommen und besetzt. Neun Personen, die in dem Hause angetroffen wurden, dort aber nicht wohnen, wurden verhaftet. Der Führer der KPD. in Meissen, Kupke, wurde gleichfalls verhaftet. Bei der Schießerei wurden einige Personen verwundet.

## Küstrin in Kottbus.

Der Putzprozess unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Kottbus, 22. Oktober. (W.B.) Im Zentralgefängnis zu Kottbus trat heute früh das durch Verordnung des Reichspräsidenten geschaffene außerordentliche Gericht zur Aburteilung der 14 Rädelsführer des Küstriner Putzes zusammen. Nach außen hin vollzieht sich dieses Ereignis, ohne besonderes Aufsehen zu erregen. Militärische Sicherheitsvorkehrungen sind nicht getroffen worden. Nur das Tor des außerhalb der Stadt gelegenen Zentralgefängnisses wird von Schupo-Posten mit umgehängten Karabinern und Handgranaten im Gürtel bewacht. Durch zahlreiche Wittertüren und durch eine Kette von Gefängnisbeamten gelangten die Prozeßteilnehmer in den Verhandlungsraum, die im ersten Stock der Verwaltungsgebäude gelegene Gefängnis-Kirche, die notwendig in einen Gerichtssaal umgewandelt ist. Vor dem Alar steht ein langer Tisch für den Gerichtshof, zu beiden Seiten Tische für die Anklagevertreter und die Anwälte. Die eigentlichen Prozeßteilnehmer nehmen auf den Straßenbänken Platz, während Zuhörer und Pressevertreter auf der Galerie untergebracht sind. Zu Beginn der Verhandlung waren etwa nur 20 Zuhörer anwesend. Die Presse ist ebenfalls nicht stark vertreten, insbesondere fehlt die Auslands-  
presse fast völlig.

Pünktlich um 9 Uhr erschienen die 14 Angeklagten, die beiden Hauptangeklagten Major Buchrucker und Major Herzer in Zivil, die übrigen 12 sämtlich in Uniform mit den Abzeichen eines Leutnants oder Oberleutnants und

mit dem Reichswehr-Abzeichen an der Mütze.

Buchrucker, der lächelnd den Saal betritt, ist ein verhältnismäßig jung aussehender Mann. Herzer, der kleiner ist, macht dagegen einen bedeutend älteren Eindruck, während die übrigen Angeklagten, die alle Kriegsauszeichnungen tragen und von denen mehrere auch Wundabzeichen tragen, fast durchweg junge Leute sind. Sie nahmen hinter ihren Verteidigern Platz.

Den Vorsitz des außerordentlichen Gerichts führt bekanntlich Landgerichtsdirektor Lampe, als Beisitzer fungieren die Landgerichtsräte Bach und Sinapius, sämtlich aus Kottbus. Die Anklage vertritt Landgerichtsdirektor Heule vom Landgericht II in Berlin, unter Assistenz von Staatsanwaltschaftsrat Herrmann von der Staatsanwaltschaft I in Berlin.

Nachdem das Gericht sich für zuständig erklärt hatte, wurden die Angeklagten zunächst zu ihrer Person der Reihe nach vernommen, wobei sich u. a. ergibt, daß Major Herzer der Sohn eines Geheimen Regierungsrates ist und daß beispielsweise der Angeklagte Reichel als

Wohnort den Zeughof in Küstrin

angibt. Dann wird die Anklage verlesen, die den 14 Putzisten zur Last legt, am 1. Oktober dieses Jahres in Küstrin gemeinschaftlich den Versuch unternommen zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig zu ändern. Kaum war die Anklage verlesen, erhob sich der Anklagevertreter, um den für Eingeweihte nicht überraschenden Antrag zu stellen, die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen und allen am Prozeß teilnehmenden Personen ein Schweigegedöb aufzuerlegen. Die Verteidiger erklärten sich mit diesem Antrag einverstanden, und ohne sich zurückziehen zu verweigern, verhandelt der Gerichtshof, daß die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere Gefährdung der Staatssicherheit, ausgeschlossen sei.

Nach Ausschluß der Öffentlichkeit legte der Vorsitzende des außerordentlichen Gerichts, Landgerichtsdirektor Lampe, allen noch anwesenden Prozeßteilnehmern ein Schweigegedöb auf, das sich auf alle Fragen bezieht, die die Staatssicherheit betreffen. Ferner beschloß das Gericht entgegen dem Protest der Verteidigung, den Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern zu der Verhandlung zuzulassen. Dann wurde in die eigentliche Verhandlung eingetreten, die mit einer eingehenden Vernehmung des Hauptangeklagten, Major a. D. Buchrucker, begann. In der wesentlichen Darstellung seiner Ziele und Absichten bei dem Küstriner Unternehmen ist Buchrucker, der sehr präzise und an und für sich klare Aussagen macht, nicht von den Angaben abgewichen, die er bereits im Vorverfahren gemacht hat, wonach er lediglich eine Demonstration beabsichtigt habe. Buchrucker hat bereits im Vorverfahren besondere Nachdruck darauf gelegt, daß er tatsächlich keine Gewalt in Küstrin angewandt habe, daß er von vornherein geplant hätte, von Gewalt auch dann abzusehen, wenn ihm der Reichswehrkommandant mit Gewalt entgegengetreten wäre. Die Verneh-

mung des Hauptangeklagten zog sich außerordentlich in die Länge, sie wurde durch eine zweistündige Mittagspause unterbrochen und dann in den Nachmittagsstunden fortgesetzt. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, daß in die Beweisaufnahme vor dem Nachmittag des heutigen Dienstag eingetreten werden kann. Geht die Verhandlung in diesem Tempo weiter, wäre das Urteil frühestens für Sonnabend zu erwarten.

## Der Erfolg der österreichischen Partei.

Nach einer U.-Meldung aus Wien dürfte sich der neue Nationalrat endgültig wie folgt zusammensetzen: 81 Christlichsozialen, 68 Sozialdemokraten, 12 Großdeutsche und 4 Bauernbündler.

Bei gleichem Wahlergebnis hätte sich der vorige Nationalrat zusammengesetzt aus 77 Christlichsozialen, 62 Sozialdemokraten, 20 Großdeutschen und 6 Bauernbündlern. Danach ist der Erfolg unserer Genossen größer als der der Christlichsozialen, die nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, über die absolute Mehrheit verfügen werden.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem Arbeitszeitgesetz. Die Vertreter Sachsens, Thüringens, der Provinz Sachsen und der Stadt Berlin wandten sich gegen die Vorlage. Das Arbeitszeitgesetz wurde in der Abstimmung angenommen.

# Wirtschaft

## Gibt dem Volke wertbeständiges Geld!

Fraglos ist der rapide Sturz der Papiermark in den letzten Tagen zu einem wesentlichen Teile mit dadurch herbeigeführt, daß durch die Ankündigung eines wertbeständigen Geldes zunächst die Papiermark scharfer als je als Zahlungsmittel zurückgewiesen wird. Der Großverkehr hat vorläufig in der Goldanleihe und demnach in der Rentenmark Zahlungsmittel von größerer Wertbeständigkeit. Daneben ist ihm, der über große Geldsummen verfügt, die Praxis der Unterhaltung durch Effekten, Devisen- und Warenkäufe so vertraut, daß er schon jetzt nur das Nötigste an Papiermark in der Kasse behält. Aber auch diese Notwendigkeit, die zur Rohstoffbeschaffung, Steuerzahlung usw. erforderlichen Papiermarkbeiträge wenigstens kurze Zeit zurückzuhalten, fällt jetzt fort. Der Kleinhandel und der Verbraucher sind die letzten Nutznießer der Markentwertung. Sie müssen es erleben, wie die von ihnen gebrauchte Papiermark innerhalb weniger Stunden 50 bis 80 v. H. an Wert verliert. Ruhte man doch gestern morgen noch mit der letzten amtlichen Dollarnotiz von 12 Milliarden, am Spätabend dagegen bereits mit einem Freiverkehrskurs von 66 Milliarden Mark für den Dollar rechnen.

Diese Last der Geldentwertung wird den letzten Gliedern des Wirtschaftsprozesses zu schwer. Der Handel, die Warenverteilung kommt ins Stocken, der Verbraucher bekommt selbst sein Brot nicht mehr, Hunger, Panikstimmung, schwerste ökonomische Wirrnis ist die Folge. Unsere Forderung, so schnell als möglich ein wertbeständiges Kleingeld zu schaffen, ist bei den zuständigen Behörden bisher ungehört verhallt, während die Sparfassen, denen die Ausgabe von Bons auf Bruchteile der Goldanleihe in unserem Vorschlag zugebacht war, dem Gedanken Verständnis entgegenbringen. Will man das Volk hungern lassen, indem man es ihm unmöglich macht, sich kein Brot zu kaufen, weil der Bäcker eben seinen Boden infolge Warenmangels schließen mußte, während morgen der dreifache Preis gilt? Das ist doch die entscheidende Frage. Die Geldentwertung zerstört Verbrauch und Warenverteilung. Also gebe man Verbrauchern und Verteilern wertbeständiges Kleingeld!

Daß die Länder das langsame Funktionieren der Währungs-erneuerung sich nicht länger gefallen lassen wollen, zeigt folgende Meldung:

Der badische Minister des Innern und Staatspräsident Kemmerle hat auf der Wahlkreis-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei in Rammheim am Sonntag Mitteilung gemacht von dem Entschluß, eine badische Goldschahankweisung herauszugeben. Die Schuld nach Zinsen wird aus Holzzerlösen des Landes in der am Fälligkeitstage geltenden Währung zurückgezahlt, wobei der Dollarkurs zum Durchschnitt der Mittelkurse der amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung New York in der Zeit vom 15. März bis zum 15. April 1927 ungedreht wird. Der Anspruch auf Rückzahlung erlischt, wenn die Schahkweise nicht binnen 5 Jahren nach dem Fälligkeitstage zur Einlösung vorgezeigt werden. Die landwirtschaftlichen Verbände werden um die erste Uebernahme der Schahkweise ersucht. Sobald die Ernte geerntet sein wird, sollen die Schahkweise auch sonst in den Verkehr gebracht werden. Um sie für den Kleinhandel nutzbar zu machen, ist daran gedacht, auch Goldpfeanigelscheine anzufertigen. Die Erwägungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Uns erscheint es äußerst bedenklich, wenn neben der Reichswährung noch besonderes Landesgoldgeld, neben den Reichsanleihen noch wertbeständiges Goldschahankweisungen der Länder treten. Selbst kann so eine Ueberflutung des Geldmarktes mit „Gold“-Titeln eintreten, die dahin wirkt, daß man die vielen Goldscheine allesamt unterbewerte. Das Vorgehen Badens sollte der Reichsregierung eine Mahnung sein, die Schaffung wertbeständiger Geldtitel zu beschleunigen und durch kleine Stückelung bis auf 40 oder gar 20 Goldpfennige herunter dem Gesamtvolk zugänglich zu machen.

Richtigstellung. Anfolge eines Verlebens enthielt unsere Notiz „Stilles und Sowjetland“ eine fälschliche Darstellung. Da über die Papiermarkkredite der Reichsbank gemachten Bemerkungen, die fälschlich hieran geschlossen wurden, gehören richtig zu der Vespredung des Reichsbankausweises, der weiter oben wieder gegeben war.

Dollar in New York: 44,4 Milliarden Mark (Mittel).



# Gewerkschaftsbewegung

## Unmögliche Zustände.

Am Stichtage der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten, am Montag, den 15. Oktober, stand der Dollar auf 3,75 Milliarden. Auf Grund der Indexziffer, die nach diesem Dollarstande errechnet wurde, sind in fast allen Berufen die Löhne festgesetzt worden, die für die Woche vom letzten Freitag oder Sonnabend bis nächsten Freitag oder Sonnabend Geltung haben. Am gestrigen Montag war der offizielle Dollarkurs rund 40 Milliarden. Trotz der vollen Zuteilung gingen die Kurse im Freiverkehr bis zum Abend auf 60 Milliarden für den Dollar in die Höhe. Selbst wenn wir nur den offiziellen Kurs zugrunde legen und wenn wir annehmen, daß bis zur nächsten Lohnzahlung der Dollar auf 40 Milliarden stehen bleibt — eine Annahme, an die niemand glauben kann —, bleibt nichtsdestoweniger die Tatsache bestehen, daß die zuletzt errechneten Indexlöhne sich vom Stichtage bis zum wirklichen Verbrauch auf ein Drittel verringert haben.

Dieselbe Beobachtung haben wir bereits vorige Woche machen müssen. Damals war der Dollar innerhalb einer Woche um das Achtfache gestiegen, d. h. daß die Löhne in Wirklichkeit nur ein Achtel des strikten Existenzminimums betragen haben. Nunmehr sind diese Löhne auf ein Drittel des Existenzminimums gesunken. Wenn man auch annehmen kann, daß die Preise im Kleinhandel für gewisse Lebensmittel 24 bis 48 Stunden brauchen, um sich dem Dollarkurs anzupassen, so gibt es doch wieder eine Reihe von unbedingt notwendigen Lebensmitteln, wo die Preise sehr automatisch, je nach dem Stande des Dollars an der Börse, innerhalb eines Tages zwei- auch dreimal sich verändern, d. h. steigen.

Wir sind gegenwärtig in ganz unmögliche Zustände hineingeraten. Zustände, die wir vorausgesehen haben. Alle unsere Vorschläge, sie zu vermeiden, scheiterten jedoch an der kurzfristigen Gewinnsucht der Unternehmer. Die Arbeitslosigkeit hat einen noch nie dagewesenen Umfang angenommen. Allein in Berlin waren am 13. Oktober 185 730 Arbeitslose auf den städtischen Arbeitsnachweisen eingetragen. Davon bezogen jedoch nur 123 932 Arbeitslosenunterstützung. Außerdem wurden noch 99 224 Kurzarbeiter unterstützt. In der Woche vom 8. bis 13. Oktober wurden allein in Berlin an die Arbeitslosen und Kurzarbeiter rund 60 Billionen Papiermark ausgezahlt.

Selbsten hat sich die Arbeitstage noch verschlechtert. Der Abbau der Demobilisierungsvorkehrungen beginnt sich auszuwirken. Unter der Finanzlast, die sich daraus ergibt, muß der Staat zusammenbrechen. Selbst die Dollarkbeiter können sich für ihre stehende Papiermark nicht genug kaufen, um sich auch nur fassen zu können.

Und dies alles, weil von den Unternehmern systematisch eine Sabotage der Produktion betrieben worden ist und betrieben wird, weil nichts geschieht, um die Sabotage beim Kraken zu fassen. Weil die Regierung die von ihr angekündigten Maßnahmen gegen den Kartellwucher noch immer nicht mitgeteilt und durchgeführt hat. Weil die Unternehmer die von ihnen unterschriebenen Richtlinien, daß bei Berechnung der Löhne außer der Indexziffer der Lebenshaltungskosten auch der Dollarkurs und die Großhandelspreise berücksichtigt werden sollen, einfach als Makulatur behandeln. So kann es unmöglich weitergehen!

## Gegen längere Arbeitszeit im Bergbau.

### Die Bergarbeiter lassen sich nicht zwingen.

Die Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands faßte zur Frage der Arbeitszeitverlängerung für den Bergbau einmütig folgende Entschließung:

Der gesetz- und vertragswidrige Versuch der Bergwerksbesitzer des Ruhrgebiets, die Arbeitszeit zu verlängern, hat psychologisch die erschwerendsten Wirkungen ausgelöst, so daß schon in Erkenntnis dieser Tatsache die gegenwärtige Zeit die ungeeignteste zur Erörterung dieser Frage ist. Zu dem Entwurf eines Arbeitsgesetzes erklärt die Konferenz:

„Der Entwurf enthält die Aufhebung der bisherigen gesetzlichen Schichtzeit für die unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter und verschlechtert damit den Rechtsboden für vertragliche Vereinbarungen außerordentlich. Die Konferenz bedauert, daß der Reichsarbeitsminister diesen Entwurf vertritt, trotzdem die Vertreter der Bergarbeiterverbände nie einen Zweifel daran gelassen haben, daß sie bereit sind, den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung zu tragen, soweit absolut notwendige Voraussetzungen erfüllt sind. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands kann der gesetzlichen Beseitigung der bisherigen Arbeitszeit nicht zustimmen. Sie würde die Arbeitsleistung nicht günstig beeinflussen, dagegen die Quelle jahrelanger Konflikte sein und das Wirtschaftsleben auf lange Zeit hinaus erschüttern.“

Von der Regierung und dem Reichstag erwartet die Konferenz, daß sie im Interesse einer Gesundung der Wirtschaft und einer wirklich praktischen Produktionsvermehrung von der Beseitigung der bisherigen Arbeitszeit Abstand nehmen und damit den Weg frei lassen für tariflich vereinbarte Maßnahmen.

Die Bergarbeiter werden sich weder durch Unternehmertaktik, noch durch Gesetz zwingen lassen, die bisherige normale Arbeitszeit für die unterirdisch beschäftigten Steinkohlenarbeiter preiszugeben.

Die Konferenz erhebt Einspruch gegen die Darstellungen in der Unternehmerpresse, die für alles bestehende wirtschaft-

liche Elend in erster Linie mangelhafte Leistung der Bergarbeiter geltend machen. Die wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist vielmehr in der schrankenlosen kapitalistischen Preis anarchie und in dem kurzfristigen Profitstreben kapitalistischer Kreise zu suchen, durch welche sowohl die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt benachteiligt, wie die Kaufkraft der Arbeiterschaft nahezu völlig vernichtet wurde.“

## Zum Abbau bei den Reichsbehörden.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Der „Vorwärts“ brachte in Nr. 491 eine Zuschrift gegen den beabsichtigten Beamtenabbau. Von einem solchen kann vorläufig nicht gesprochen werden. Die Absicht und der Zweck des Beamtenabbaugesetzes ist, zunächst alle Behördenangestellten zur Entlassung zu bringen. Die Behördenangestellten haben stets den Standpunkt vertreten, daß, wenn die Arbeit bei den Behörden nachläßt, sie mit Kündigungen einverstanden sind. Wenn aber, wie im Beamtenabbaugesetz vorgesehen, sämtliche Angestellten ohne Ausnahme zur Entlassung kommen, die wesentlichen sozialen Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes für sie nicht mehr bestehen sollen, auch die ihnen vertragsmäßig zustehenden Kündigungsfristen durch das Beamtenabbaugesetz aufgehoben werden, so muß das den letzten Behördenangestellten zum schärfsten Kampf gegen diese Bestimmungen anspornen. Das muß der Reichsregierung gesagt werden. Die in dem Entwurf enthaltenen Bestimmungen dürfen keinesfalls Gesetz werden.

## Löhne im Fleischergetriebe.

Auf Grund der Vereinbarungen vom 18. Oktober zwischen dem 16. Groß-Berliner Fleischerinnungen und dem Zentralverband der Fleischer sind folgende Löhne und Gehälter für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober festgesetzt: Für Gesellen im 1. Jahr nach der Lehre pro Woche 13 884 Millionen, im 2. und 3. Jahre 14 808 Millionen, ohne Verantwortung 16 200 Millionen, in derantwörtlicher Stellung 17 574 Millionen. Ladengehelfen, die ausschließlich im Laden beim Verkauf tätig sind, 18 516 Millionen. Die Kost ist pro Woche mit 8100 Millionen, Bogis pro Woche mit 402 Millionen berechnet. Gesellen, die erst nach dem 20. Lebensjahre die Lehrzeit beenden, kommen nach Ablauf des 1. Gesellenjahres gleich in die Gruppe ohne Verantwortung. Gesellen außer Kost und Bogis erhalten in allen Gruppen einen Zuschlag von 20 Proz. Aushilfen 10 Proz. mehr. Am Mittwoch, den 24. Oktober, ist ein Vorschuh von 80 Proz. der in der Woche vom 15. bis 21. Oktober gezahlten Löhne zu zahlen.

Kontozahlung für Verkäuferinnen: Lehrverkäuferinnen mit Kost und Bogis 372 Millionen, ohne Kost und Bogis 3000 Millionen, im 1. Berufsjahr 1800 Millionen bzw. 4500 Millionen, im 2. Berufsjahr 2550 Millionen bzw. 5250 Millionen, im 3. Berufsjahr 2850 Millionen bzw. 5550 Millionen, Aushilfen 1200 Millionen bzw. 1500 Millionen. Die Abzüge für Steuer, Krankenkasse und Angestelltenversicherung werden am Monatsende verrechnet.

Viehagente vom 13. bis 19. Oktober pro Woche: Kolonnenführer 27 324 Millionen, Treiber 27 057 Millionen, Aushilfen pro Tag 6833 Millionen. Großschlächtereien: Gesellen über 20 Jahre 25 845 Millionen, unter 20 Jahre 24 397 Millionen, Kutscher 25 159 Millionen, Aushilfen, ganzen Tag, 6464 Millionen, halben Tag 3232 Millionen.

Buchfabriken: Gesellen mit Verantwortung pro Stunde 540 Millionen, ohne Verantwortung 527 Millionen, Maschinenisten und Heizer (Hochdruck) 540 Millionen, (Niederdruck) 527 Millionen, Handwerker aller Art 527 Millionen, Chauffeurs 540 Millionen, Kutscher 527 Millionen, Arbeiter, Hofarbeiter, Stallente, Fahrstuhlführer 514 Millionen, Wächter und Portiers 514 Millionen, Frauen 432 Millionen, Ruffahrer von 18—20 Jahren pro Woche 16 180 Millionen, Jugendliche unter 18 Jahren (m. w.) pro Woche 15 227 Millionen. Aushilfen 10 Proz. mehr.

Häuterverwertungen: Arbeiter pro Woche 25 698 Millionen, Aushilfen pro Tag 6426 Millionen. Darmtribe, Schlachthof: Erstklassige Arbeiter pro Woche 25 502 Millionen, qualifizierter Arbeiter 25 190 Millionen, Ungelernte nach 1 Jahr 24 848 Millionen, über 20 Jahre 22 765 Millionen, Jugendliche von 16—18 Jahren 16 269 Millionen, über 15 Jahre 13 519 Millionen, bis 15 Jahre 10 839 Millionen, Aushilfen pro Tag 6375 Millionen.

Am Dienstag, den 23. Oktober, ist ein Vorschuh von 100 Proz. der in der Vorwoche vom 13. bis 19. Oktober gezahlten Löhne zu zahlen.

Löhne der Einoleumleger. Für die Zeit vom 21. bis 27. Oktober werden als Grundlohn 650 Millionen festgelegt. Auf den Grundlohn kommt die Steigerung der am 25. Oktober erscheinenden Indexziffer zur Verrechnung. Von dieser Steigerung werden 15 Proz. als Entwertungszuschlag ebenfalls zugerechnet. Zu dem so ermittelten Lohn kommt zur Abgeltung des zu niedrigen Lohnes der letzten Woche ein Ausgleichslohn von 350 Millionen Mark pro Stunde. — Am Dienstag, den 23. Oktober, werden 10 Milliarden, am Mittwoch, den 24. Oktober, 50 Milliarden als Vorschuh gezahlt. Am Freitag wird ein Vorschuh in ungefährer Höhe des verdienten Wochenlohnes gezahlt.

Lohnregelung für das Freiergewerbe Berlins. Der vom Schlichtungsausschuß am 11. Oktober gefällte Schiedsspruch ist mit Wirkung vom 19. Oktober vom Demobilisierungskommissar für rechtsverbindlich erklärt worden. Die Löhne betragen mithin 50 Proz. vom Friedenslohn. Dieser betrug pro Woche 22 M. Der Grundlohn beträgt nunmehr für Herrenfriseur 11, für Damenfriseur 12,10 M. Unter 20 Jahren 5 Proz. weniger. Die Löhne für Haararbeiter und -arbeiterinnen 55 bis 65 Proz. des Friedenslohnes. Die Aushilfslöhne betragen für Sonnabends und Sonntags 4,50 M. pro Stunde 20 Pf. Die Sätze sind mit Lebensmittelpreisen des Reiches zu multiplizieren.

Löhne der Kürschner vom 15. bis 20. Oktober. Auf den Lohn vom 13. Oktober 1923 kommt ein Zuschlag von 500 Proz. Es erhalten: 1. Kürschnergehilfen und Gehilfeninnen, welche die Gesellenprüfung bestanden haben: im 1. Berufsjahr nach der Lehrzeit 290, im 3. Berufsjahr 330, im 5. Berufsjahr 440, bis zur Höchstgrenze von 540 Millionen. 2. Hand- und Maßbinennäherinnen: im 1. Berufsjahr nach der Lehrzeit 230, im 3. Berufsjahr 270, im 5. Berufsjahr 330, bis zur Höchstgrenze von 410 Millionen Mark. 3. Berufsmäßige Kopfer werden nach den Sätzen des Handelsh.-Verbandes entlohnt. Kürschner, welche vorübergehend Kopfer, erhalten den im Tarif vorgesehenen Kürschnerlohn.

Für die Pelzfabriken. Männliche Arbeiter (Zwecker) 290, 320, 360, bis zur Höchstgrenze von 410 Millionen Mark. Weibliche Arbeiter (Zuarbeiterinnen) 210, 260, 290, bis zur Höchstgrenze von 340 Millionen Mark. Behrmädchen: Am 1. Halbjahr pro Woche 1890, im 2. Halbjahr 1820, im 3. Halbjahr 2910, im 4. Halbjahr 3650 Millionen Mark.

Lohnvereinbarung in der Wagen- und Karosseriebranche. Unter Aenderung der Lohngruppen erhalten vom 14. bis 20. Oktober Gruppe I 700 Millionen Gesamtlohn, Gruppe II 672, Gruppe III im Alter von 18 bis 20 Jahren 635, im Alter von 20 bis 21 Jahren 588, über 22 Jahren 630. Arbeiterinnen von 18 bis 20 Jahren 402, von 20 bis 22 Jahren 441, über 22 Jahren 473. Jugendliche Arbeiter von 14 bis 15 Jahren 160, von 15 bis 16 Jahren 168, von 16 bis 17 Jahren 184, von 17 bis 18 Jahren 209. Die bis zum 13. Oktober bestandenen Akkordsätze erhöhen sich ab 14. Oktober um 308 Proz. Am Dienstag, den 23. Oktober, wird an alle Arbeiter und Arbeiterinnen der vierfache Lohn der Woche vom 10. bis 16. Oktober unter Anrechnung aller für die Zeit vom 14. bis 20. Oktober gezahlten Beträge ausgezahlt. Dieser Betrag gilt als Vorauszahlung bis zur endgültigen Verrechnung.

Die Löhne für die Privat-Elektrizitätswerke Groß-Berlins betragen für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober in Gruppen I bis IV 763, 739, 720, 667, 565 und 461 Millionen Mark pro Stunde. Die Frauenzulage beträgt 480 Millionen Mark pro Woche, die Kinderzulage 960 Millionen Mark pro Woche.

Löhne in den Metallgießereien. Für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober werden die Stundenlöhne erhöht: in Klasse I um 551 Millionen, in Klasse II um 532 Millionen, in Klasse III um 498 Millionen Mark, so daß die Tariflöhne betragen in Klasse I 702 Millionen, in Klasse II 678 Millionen, in Klasse III 636 Millionen Mark. Die Akkordpreise werden um 365 Proz. erhöht.

Lohnregelung in der Berliner Metallindustrie. Am Mittwoch, den 24. Oktober, wird ein weiterer Vorschuh gezahlt in Höhe von 80 Proz. des Bruttobehältes der Lohnwoche vom 15. bis 21. Oktober 1923.

Angestelltenlohn in der Berliner Metallindustrie. Zwischen dem GBRV. und den U.S.-Gewerkschaften ist folgende Vereinbarung getroffen worden: Am Donnerstag, den 25. und, wo technisch möglich, am Mittwoch, den 24. Oktober, erhalten alle Tarifangestellten — soweit technisch möglich und die notwendigen Zahlungsmittel vorhanden — eine weitere Vorschuhzahlung in Höhe von 80 September-Brutto-Einkommen. Die Beträge sind auf volle Milliarden Mark aufzurunden. Ueber weitere Vorschuhzahlung wird am Donnerstag, den 25. Oktober, verhandelt.

Für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel ist vereinbart worden, daß sofort, spätestens am Mittwoch das Gehalt der Vorwoche ausgezahlt wird.

Für die kaufmännischen Angestellten im Buchhandel müssen sofort 10 weitere Septembergehälter gezahlt werden, jedoch insgesamt 19 Septembergehälter als Konto-Zahlung für Oktober zur Auszahlung zu bringen sind.

Für kaufmännische Angestellte der Margarine-Industrie wurde bei der gestrigen Verhandlung die Schlüsselzahl auf 1 300 Millionen festgelegt. Als Beispiel führen wir einen E 8 Angestellten an. Dieser hat heute 99 Milliarden zu empfangen. Die nächste Schlüsselzahl wird am Donnerstag festgelegt.

Die Angestellten im Baugewerbe erhalten als weitere Kontozahlung für Oktober 20 Septembergehälter, diejenigen im Kohlen- und Holzhandel weitere 12 Septembergehälter. Verhandlungen wegen weiterer Zahlungen finden sofort statt.

Stuck und Gipsbau. Am Freitag, den 26. Oktober, kommt ein doppelter Vorschuh, also 80 mal der in Frage kommende Stundenlohn, zur Auszahlung.

Bahndienst! Vertrauensleute der Bedeumer, Mittwoch, nachm. 3 Uhr, bei Rothmann, Wilhelmstr. 118, Besprechung der Anträge zum Tarif.

Deutscher Baugewerksbund, Stuck- und Gipsbau. Am 25. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Mitgliedsbeitrag legitimiert.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Royal Mail Line. Der durch seine Reisen zwischen Hamburg und Fern Ost bekannt gewordene Dampfer „Orbita“ der Royal Mail Line wird während der Wintermonate mehrere Mittelmeerfahrten unternehmen und die bekannten und sehr wertvollen Häfen Spanien, Portugal und auch die Nordküste Afrikas sowie die Halbinsel Madagaskar anlaufen. Es ist in jedem Hafen den Passagieren ausreichend Zeit gegeben, die Sehenswürdigkeiten, auch in weiterer Umgebung zu besuchen. Nähere Auskunft erteilen die Reisebureaus sowie die Royal Mail Line G. m. b. H., Hamburg, und deren Agenten.

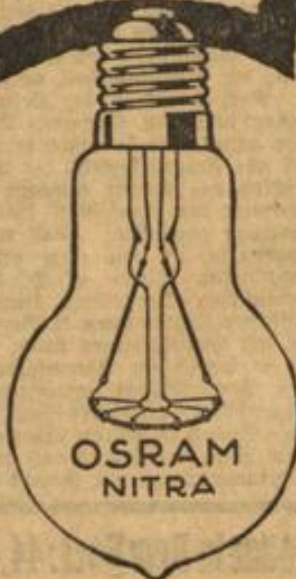
Wetter bis Mittwoch mittag. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt. Im Norden harte, sonst schwächere Regengüsse bei ziemlich frischen westlichen Winden.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Krentz; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schlotzki; Soziales und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hierzu 1 Beilage.

# OSRAM

## LAMPEN

kauft und braucht  
die ganze Welt



OSRAM  
NITRA



OSRAM  
muß auf der Glasglocke stehen



# Berlin ohne Brot.

## Ein Brot 5,5 Milliarden. — Was sofort geschehen muß.

Wir haben bereits in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ die katastrophalen Zustände geschildert, die sich aus der jetzt defizienten Handhabung der Berliner Brotversorgung herausgebildet haben. Die Dinge haben sich inzwischen noch verschlimmert. Am Montag nachmittag war nur ganz vereinzelt, in einigen der wenigen Bäckereien, die noch nicht geschlossen hatten, Brot zu haben. Der größte Teil der Berliner Bevölkerung, d. h. jener weitaus größere Teil, der nicht in der Lage war zu hamstern, ist heute buchstäblich ohne Brot. Da auch die Beschaffung anderer Lebensmittel für die meisten unmöglich ist — die Sonnabendpreise haben sich mehr als verdoppelt — stehen wir, falls nicht sofort etwas geschieht, vor einer Hungerperiode von unübersehbaren Folgen.

### Die Ursachen.

Die Praxis der 100prozentigen Brotpreiseraufhebung, die in den letzten Tagen Platz gegriffen hatte, setzt sich infolge der rasenden Marktentwertung auch jetzt noch fort, und es läßt sich gar nicht absehen, wann diese Preissteigerungen, den Löhne und Gehälter auch nicht im entferntesten zu folgen vermögen, zum Stehen kommen werden. An der gestrigen Brotdruckerei ist das Mehl, das in den letzten Wochen fast nur noch auf Dollarbasis gehandelt wurde, den neuen Sprüngen der ausländischen Valuten gefolgt und ein Sack Mehl kostete nicht weniger als 200 Milliarden Mark. Hierzu kommt, daß sowohl die Landwirtschaft als auch die Mühlen und der Mehlgroßhandel nur noch gegen Goldparität verkaufen wollen und auf der anderen Seite besteht die Unmöglichkeit, daß der Kleinverbraucher die Summen aufzubringen vermag, die in Gold nötig sind, um sich mit ein oder zwei Sack Mehl einzudecken. In den Kreisen des Bäckergewerbes sieht man dieser Entwicklung der Dinge mit großer Besorgnis entgegen. Zu allen anderen Schwierigkeiten kommt die unbestreitbare Tatsache hinzu, daß die Firmeneinhaber kaum mehr in der Lage sind, Betriebsmittel aufzubringen, und so ist es verständlich, daß in den letzten Tagen rund vierzig kleinere Betriebe überhaupt geschlossen haben. Die Bäder haben deshalb eine Deputation ins Reichs-ernährungsministerium geschickt, und dort mit Ministerial-Direktor Dr. Müller über eine Sicherung der Brotversorgung verhandelt. Im Ministerium konnte man jedoch auch nur die Erklärung abgeben, daß der Verkauf von Mehl auf Goldbasis nicht anständig sei, und daß die Regierung gegen Großhändler oder Mühlenbesitzer, die auf dieser Bezahlung bestehen, mit scharfen Mitteln vorgehen werde. Die Deputation begab sich dann zur Reichsgetreidestelle, die bekanntlich im Besitz einer Reserve von Brotgetreide ist, und von der man annahm, daß sie in kritischen Zeiten eingreifen werde, um den Preis für Brotmehl zu senken oder dort auszuheulen, wo Mehl nicht zu beschaffen ist. Bemerkenswerterweise konnte man in der Reichsgetreidestelle den Vertretern der Bäder

### noch weniger Hoffnungen machen.

Die Reichsgetreidestelle verkauft nämlich jetzt schon aus ihren Beständen, aber zu Preisen, die sich den Notierungen der Produktionslöcher haarscharf anpassen. Auf die Frage der Deputation, ob es nicht angängig sei, daß die Reichsgetreidestelle wenigstens für einige Wochen in dieser so kritischen Zeit beiseite eingreifen könne, um den Brotpreis wenigstens vorübergehend zu senken, wurde rund heraus erklärt, daß das leider nicht möglich sei, da nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Schaffung der Getreidereserve die Reichsgetreidestelle auch gezwungen sei, Brotgetreide oder Mehle zu Tagespreisen abzugeben. Trotz der großen Vorräte hält also die Reichsgetreidestelle, die an sich kein Erwerbsunternehmen darstellt, an den phantastischen Forderungen der Landwirtschaft und des Getreidehandels fest, und so ist es wohl selbstverständlich, daß auch der Brotpreis in den nächsten Tagen sich jeder Aufwärtsbewegung des Dollars unfehlbar anpassen wird. Die Bäckereimeister wollen am Mittwoch noch einmal den Versuch machen beim Lebensmittelamt der Stadt Berlin, eventuell auch beim Oberbürgermeister vorstellig zu werden, um dort Hilfe zu erbitten.

### Gegen die Brothamsterei.

Zu den Schwierigkeiten auf dem Brotmarkt wird von zuständigen Stellen erklärt, daß die Brotpreise laufend behördlich überwacht und von der Preisprüfungsstelle auf Grund sorgfältiger Berücksichtigung aller Einzelheiten der Preisbildung festgesetzt werden. An den hohen Brotpreisen sind lediglich die abnormen Valutaverhältnisse schuld. Im Laufe der vorigen Woche hat durch die Wucherpolizei des Berliner Polizeipräsidiums eine umfassende Prüfung auf etwa zurückgehaltene Bestände in den Bäckereien stattgefunden. Diese Nachprüfung hat ergeben, daß an keiner Stelle Brot durch die Bäder zurückgehalten worden ist und daß der an vielen Stellen aufgetreiene Mangel lediglich auf das weit das Bedürfnis überschreitende rückstandslos sich selbst bedeckende zahlreicher Käufer zurückzuführen ist. Die Rücksicht auf die Allgemeinheit macht es daher jedem einzelnen zur Pflicht, sich nur im Umfange seines gewöhnlichen Verbrauchs mit Brot zu versorgen. Die Bäder sind berechtigt, darüber hinausgehende Forderungen zurückzuweisen.

### Heraus mit den Getreidereserven!

Der Vorschlag der Bäder, aus den Beständen der Reichsgetreidestelle Mehl frei zu machen und damit die Brotversorgung sicherzustellen, ist im Grunde gut. Wir halten es jedoch für höchst zweifelhaft, ob ein ausreichender Erfolg erreicht wird, wenn dieses Mehl an Bäckereien vergeben wird, die nicht leistungsfähig sind. Durch die unrationell arbeitenden Bäckereien muß das Brot weiter verteuert werden. Es kommt aber darauf an, billiges Brot auf den Markt zu bringen, sei es selbst um den Preis von Zuschüssen des Reiches. Daher sollte man die großen konsumgenossenschaftlichen Bäckereien und die alten Speisebäckereien mit der Herstellung von großen Mengen Brotes im Dreischichtbetrieb betrauen, damit die Ankosten der Mehlverarbeitung auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Die Verteilung könnte dann gegen die einzelnen Abschnitte der Brotkarte erfolgen, die jetzt noch in Händen des Publikums ist. Man kann gewiß einwenden, daß es sehr bedenklich ist, die Brotgetreidereserve, die für das ganze Wirtschaftsjahr bestimmt ist, schon im Oktober anzureifen. Aber die Brotgetreidereserve ist für die Zeit großer Not bestimmt und größer als sie heute ist, kann die Not kaum noch werden. Wenn der ganze Wochenverdienst der Arbeiter bei voller Beschäftigung kaum ausreicht, um noch drei Brote zu kaufen, wenn jeden Augenblick die Gefahr besteht, daß der Preis noch weiter steigt, müssen gerade die wirtschaftlich Schwächsten von einer Verzweiflung erfaßt werden, die nicht zu überbieten ist. Es kommt hinzu, daß die Notlage heute deswegen so groß ist, weil sich die Währungs-schwankungen ins irrsinnige gesteigert haben. Selbst wenn man ohne Mühe die schon vorbereiteten Maßnahmen der Regierung zur Einführung der Rentenmark beurteilt, muß man immer noch hoffen, daß dieses neue Zahlungsmittel sich nicht ebenso wie die Mark innerhalb von acht Tagen auf 10 Proz. ihres Wertes vermindern wird. Nach Überwindung der größten Währungsschwierigkeiten aber wird man auf die Notstandsaktion ganz oder wesentlich teilweise verzichten können. Wenn sie aber nicht durchgeführt wird, während die Massen nach Brot schreien, so ist nicht einzusehen, wozu man die Reserve überhaupt geschaffen hat.

Es muß sofort, noch im Laufe des heutigen Tages etwas geschehen, um der Bevölkerung das Recht auf das Brot zu sichern. Die Stunden, die jetzt in sinnlosen Konferenzen vergeudet werden, sind nicht wieder einzubringen.

Das Schlußwort und seine Not. Ueber dieses Thema sprechen auf Einladung des Bundes entschiedener Schreier am Dienstag, den 23. Oktober, abends 7/8 Uhr, im Seminar-Siemens-Realschulsaal, Hohenstaufenstr. 47/48, Dr. med. P. Cohn, Guben, Dr. med. R. Stramp, Henry Schumacher, Rüdiger Feuerlad u. a.

### Fortdauer der Plünderungen.

Auch am gestrigen Tage haben die Plünderungen und Ansammlungen vor Lebensmittelgeschäften angehalten. Im Norden der Stadt wurde eine ganze Anzahl von Bäckergeschäften von größeren Trupps besetzt, und die Inhaber vermochten sich meist nur dadurch zu helfen, daß sie Brot oder Backware unentgeltlich abgaben. In einigen Fällen wurde jedoch auch geplündert. In der Bornstrasse erfolgte die Menge einen Bäckerswagen, der schließlich seine Brote auf offener Straße verkaufen mußte. In der Potiomstrasse bildeten sich Ansammlungen vor einer Bäckerei, doch griff die Schutzpolizei hier rechtzeitig ein. Ebenso wurde eine Ansammlung in der Bergstrasse Ecke Schröderstrasse aufgelöst. Das gleiche war in der Weinmeisterstrasse vor der Bäckerei von Lazarus der Fall, wo eine Verhaftung vorgenommen werden mußte. Vor einem Goldwarengeschäft in der Lothringer Strasse versammelten sich zirka 500 Personen, die von einer Frau zur Plünderung aufgehetzt wurden. Der besonnenen Haltung der Schutzpolizei war es möglich, die aufgeregte Menge zu beruhigen. Auch in der Veteranenstrasse mußte die Polizei ebenfalls mehrfach eingreifen. Am Montag vormittag gegen 9¼ Uhr wurde das Ueberfallkommando „Alexander“ nach der Bäckereifiliale von Hanke, Alte Schönhauser Strasse 39-40, gerufen. Hier war eine große Menschenmenge in den Laden eingedrungen und hatte 14 Brote zu je 750 Millionen und 10 Brote zu je 1½ Milliarden Mark gestohlen. Die Ansammlung wurde zerstreut, doch konnten die Täter nicht mehr ermittelt werden. Am demselben Vormittag zwischen 8 und 9 Uhr zogen etwa 15 halbwüchtige Burschen durch die Müllerstrasse von einem Geschäft zum anderen und verlangten unter Drohungen die unentgeltliche Abgabe von Lebensmitteln. Den Geschäftsinhabern blieb nichts weiter übrig, als ihnen unter Zwang Lebensmittel zu verabfolgen. In der Markthalle in der Markstraße kam es abends gegen 6 Uhr zu einem Zwischenfall. Junge Burschen hatten mit Drahtscheren die Gitter verschlossener Fleischstände geschnitten und sich einige Würste herausgelangt. Die Täter sind im Gedränge der anwesenden etwa 2000 Markthallenbesucher verschwunden. Der Markthalleninspektor ließ Patrollen herbeiführen, die die Halle räumte, ohne daß sich weitere Zwischenfälle ereigneten.

### Die Dollarrolle.

Das Kohlenamt teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 22. d. Mts. stellen sich die Verkaufspreise für Erbsen und Koks ab 23. wie folgt: Rüden- und Dfenbrandbriketts ab Lager 12 851, frei Keller 13 590 Millionen, Gaskoks ab Lager 27 085, frei Keller 27 945 Millionen. Bei subventionierter Lieferung: Rüden- und Dfenbrandbriketts ab Lager 12 851, frei Keller 13 471 Millionen, Gaskoks ab Lager 27 085, frei Keller 27 925 Millionen.

### Besteht ein Zwang zur Annahme von Kleinnoten?

Die Frage, ob Kleinnoten von den Gewerbetreibenden angenommen werden müssen, ist außerordentlich bewickelt und nicht einfach mit ja oder nein zu beantworten. Die Rechtslage ergibt sich aus den Bestimmungen des Bankgesetzes, des Münzgesetzes und der Verordnung über Handelsbeschränkungen. Da die Noten der Reichsbank gesetzliches Zahlungsmittel sind, und ihre Einlösung in Gold nicht verlangt werden kann, ebensowenig wie die Einlösung der Silber- und Kupfermünzen, so ergibt sich daraus, daß jeder Mann diese Zahlungsmittel annehmen muß, wenn er nicht Rechtsnachteile des Annahmeverzuges in Kauf nehmen will. Es kann aber dem Gewerbetreibenden nicht zugemutet werden, in Einzelfällen eine über große Menge kleiner Scheine nachzuzählen und dadurch in Ausübung seines Gewerbes übermäßig behindert zu sein. Ausschlaggebend ist für die Erwerbung, ob dem Gewerbetreibenden nach billigen Dafürhalten zugemutet werden kann, das Geld in den ihm dargebotenen Sorten entgegenzunehmen. Würde dies eine Unbilligkeit bedeuten, so kann die Annahme verweigert werden.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Nach dem Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes wird für die 43. Woche eine Zusatzmarke für Männer im Werte von 100 Millionen und für Frauen von 30 Millionen Mark gestellt. — Diese Marken sind bereits in unserem Bureau zu haben. — Der wöchentliche Beitrag für den Monat November beträgt für Männer 100 Millionen, für Frauen 30 Millionen Mark.

J. A. Alex Pagels.

## Die Lofosfischer.

Roman von Johan Bojer.

Und dann die „Robbe“. Eine innere Stimme flüsterte ihm zu, er habe sich wie ein Prahlhans benommen. Wenn das Boot mit anderen gefenkt war, warum sollte es sich bei ihm bewähren? War das nicht nur Prahlerei? Und darfst du deinen ältesten Jungen in ein solches Wagnis mitnehmen? Aber er mußte doch lachen. Es war mit Booten wie mit Pferden und Weibern, sie haben ihre Rücken und Launen und es kommt darauf an, ob man Manns genug ist, sie im Zaum zu halten. Das Boot hatte keinen Fehler, wenigstens keinen, der sich nicht beseitigen ließ.

Er wiederholte: „Ich will euch doch zeigen, daß ich es in Gang bringe. Und katern wird es weih Gott auch nicht.“ Aber das hätte sie wissen sollen, die neben ihm lag. O weh!

Lars lag auf dem Boden neben Oluf, und er dachte, bis er einschlief, und er träumte, bis er aufwachte und erwachte. Oluf schlief fest, denn der verstand es nicht besser. Aber Lars hatte es wirklich nicht leicht. Hin und her gezerrt wurde er. In der Schule war er ein fleißiger Schüler gewesen und das Lernen machte Spaß, das war sicher, und Lehrer und Wärter hatten ihm geraten, ein Darlehn aufzunehmen, um das Lehrerseminar besuchen zu können. Das lockte, o ja, das lockte, er wollte gern vorwärtskommen, und wenn er mit der Mutter allein war, dann kam sie immer wieder darauf zurück, daß er diesen Weg gehen müsse. Aber sein Vater war Lofosfischer und Bootsführer, und er wollte auch gern so werden wie Vater. Er konnte nie vergessen, daß einmal die Pfarrerstrau zu ihm gekommen war und zu ihm gesagt hatte: „Jetzt weiß ich, wie Dav Trngvason ausgesehen hat. Er sah aufs Haar aus wie dein Vater.“

Und jetzt fiel ihm auch ein, was der Lehrer einmal von dem Lofosboot der Sivarringer gesagt hatte. Es sei ein Nachkomme der alten Drachenschiffe, mit denen die Wikinger zu Entdeckungen und Kämpfen auf alle Meere der Welt hinausgefahren seien. Auf dem gleichen Boote segelten die Fischer noch jetzt die Hunderte von Meilen nordwärts zum Kampf mit Sturm und Meer, heute wie vor vielen hundert und aber hundert Jahren. Ja, Lars wollte ganz ebenso wie der Vater werden.

Er schlief ein und träumte, er sei mit in der Schlacht bei Svoilder. Olaf Trngvason war der Vater und er selber Einar

der Bogenschütze. Er schöß schärfere Schüsse als die anderen, und der Bogen zerbrach. „Was brach so laut?“ sagte Olaf. „Norwegen aus deiner Hand, König.“ sagte Lars, und er fuhr im Bett in die Höhe, und da lag Oluf, der Tropf, und schlief.

Am nächsten Tage sahen sie bei Tisch und aßen, als Oluf sagte: „Aber das Boot hat doch keinen Wimpel, Vater. Du willst doch wohl einen schönen Wimpel auf dem Hauptmast haben, wie es Sitte ist?“

Der Vater sagte, er habe schon daran gedacht, mit der Schneider-Karen darüber zu sprechen.

Da schlug Marja die Augen zu ihm auf: „Run, das mußt du mir schon anvertrauen.“ sagte sie, und ihr Gesicht erhellte sich.

„Ja, das beste ist gut genug.“ sagte er.

Marja hatte etwas roten Stoff liegen, gerade genug zu einem Unterrock für sie selbst. Am gleichen Tage noch holte sie ihn hervor und schnitt ein Stück für den Wimpel ab, eine halbe Elle breit und gut eine Elle lang. Dann suchte sie etwas hellblaue Wolle hervor und stiftete in das rote Tuch, das an einer Seite spitz zulief, ein K M hinein. Sie nähte mit hellem Gesicht daran, weil dies seine Buchstaben waren, und doch hätte sie am liebsten weinen mögen.

Aber dann eines Tages zog sie Sonntagskleider an, nahm ein Seil in die Hand, ermahnte die Kinder artig zu sein, und machte sich auf den Weg. Sie wollte in das Tal hinauf zu ihrem Bruder und eine Kuh holen, die den Sommer dort oben geweidet hatte.

Die Kuh hatte sie als Kalb von der Mutter bekommen, und immer im Frühjahr hatte sie sie für den Sommer wieder heimgebracht und jeden Herbst hatte sie sie wieder geholt. Es war für sie beide, für die Kuh wie für sie, ein felsamer Gang. Wenn sie von dem kleinen Hause an der See aufbrachen, dann wendete „Kuhland“ den schönen weißen Kopf nach den Häusern zurück und brüllte; sie hatte hier den Winter über im Stall gestanden, und jetzt war hier ihr Heim. Und Marja dachte an die Kinder, und auch ihr fiel es nicht leicht, fortzugehen. Aber sobald sie in das Tal hinaufstiegen, begann „Kuhland“ nach den Bergen hinaufzuwimmern, sie erkannte die Luft wieder von den langen, hellen Tagen auf den Almweiden, und nun schlug sie eine leichtere Gangart an und brummte und zog. Und Marja selber vergaß die Kinder und die Hütte an der See, und auch ihr Gang wurde leichter und leichter, denn jetzt kehrte sie heim nach dem einzigen Ort in der Welt, wo sie sich wohl fühlte.

Heute war ihr der Kopf so voll von all dem Lärm draußen an der See, aber als sie an dem Lindenhof vorbeikam, breitete die Gemeinde sich vor ihr aus mit Wäldern und Höhen in warmer Herbstsonne, sie sah grüne Fichtenhöhen mit vereinzelt Rosen von blutroten Laubbäumen, . . . oh, sie atmete freier, und ihr Schritt wurde leichter.

Dann kam das Tal, und hier war es heimlich, der Fluß blinnte vom Grunde herauf, die Höhen rückten näher heran und riesen willkommen.

Sie mußte sich auf einen Stein setzen und die Augen trocken.

Sie kommt an den kleinen Hof, wo die Mutter auf dem Aitenheil bei dem Bruder lebt, es sind kleine verwiterte Häuser, von grünen Wiesen und gelben Federn umgeben, das Ganze ist wie ein aus den Wäldern herausgeschnittenes Bild, und einen herrlicheren Fleck auf Gottes grüner Erde kann sie sich kaum denken. Am Abend ist Frostwetter und Mondschein, und sie liegt in der kleinen Kammer und hört das Rauschen des Waldes, aber keine Wellen, und sie koltet die Hände und betet, denn hier . . . hier findet sie Gott wieder. Draußen an der See ist es nur Jünglings Geracht und Sturm und Unglück und Grauen . . . nein, dort betet sie nicht, dort trotz sie ihm und beißt die Zähne zusammen. Aber hier — hier findet sie Gott wieder.

Am nächsten Tage gehen sie wieder hinunter, sie und die große rote Kuh mit dem weißen Kopf und den Rosinatröpfen auf den Spitzen der schönen Hörner. Und die Kuh wendet sich um und brüllt, das ist ihr Lebenswohl für dieses Jahr, und im Stall antworten die guten Kameraden. Auch Marja geht mit schweren Schritten, sie geht von der Heimat fort.

Das Tal begleitet sie noch ein Stück weit, und ihre Augen gleiten lieblosend über Berge und waldige Höhen. Dann kommt das große Dorf, und immer noch ist es schön. Dann liegt der Lindenhof vor ihnen und dahinter die Torfmoore und die See.

Aber hier hebt „Kuhland“ das Maul und wittert, sie erkennt die Luft der kleinen Winterheimat an der See, und im gleichen Augenblick schlägt sie eine leichtere Gangart an.

Und Marja denkt an die Kinder . . . ist unruhig, ob auch nichts passiert ist, während sie fort war und auch sie geht mit schnelleren Schritten, genau wie die Kuh.

So kommen sie zur Hütte hinunter, die Kuh leise brummend, während Marja zu den Kindern hinunterruft, ob auch alles wohl und munter ist.

(Fortsetzung folgt.)



Arbeiterport.

Aus Platzgründen kann heute nur ein Teil des Arbeiterports veröffentlicht werden.

Die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege hat ihre Geschäftsräume nach Berlin SW 68, Margrafenstraße 65, Vorderhaus 1 Treppe, verlegt.

Arbeiter-Wintersport-Zeitungsverband (WZV). Die Ski-Touren für die nächsten Tage...

Die 'Arten Schwimmer-Verband' veranstalten am Sonnabend, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Stadthaus...

Schwimmer, 4. Bezirk, Gruppe V. Am Sonntag, den 28. Oktober, vorm. 9 Uhr, findet in der 'Ideal-Halle'...

Sportliche Vereinigung 'Korona', R. 113, Eberhardstr. 24. Dienstag, 8 bis 10 Uhr, Turnstunden...

Freie Turnerschaft 'Geh-Berlin'. Mittwoch, 7 Uhr, Turnstunden, Friedrichstr. 12...

1. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Beirat der Turnerschaft, Sitzung am Freitag, 26. Oktober...

Sportl. Vereinigung 'Korona'. Dienstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltet die Sportl. Vereinigung...

Beiratsauschuss für Arbeiterport und Kinderbeschäftigung. Die Konferenz ist vom Freitag, den 26. Oktober, auf Freitag, den 2. November, verlegt.

Heute, Dienstag, den 23. Oktober: Jungesleben. Gruppe Tempelhof-Mariendorf. Dienstag, pünktlich 7 1/2 Uhr...

Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 24. Oktober: Arbeiterportauschuss der Parteien. Die Mitglieder nehmen an der Sitzung...

1. Abt. 7 1/2 Uhr, Schule Peterburger Str. 4. Ref.: Gen. Müller, R. 5. R. 27. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

24. Abt. Unsere Genossin Babed, langjährige Bezirksführerin, Viktoriastr. 9, ist verstorben. Beerdigung am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr...

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Koabit, Roth, Schule am Stephanplatz. Vortrag: Arbeiterjugend und Partei...

24. Abt. 7 1/2 Uhr, Schule Peterburger Str. 4. Ref.: Gen. Müller, R. 5. R. 27. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus.

Verkehrs-Abteilung: 'Oberpost' Mittwoch, den 24. abends 7 Uhr im Jugendheim Ebersichthaus...

Theater, Lichtspiele usw.

Theater l. d. Königgrätzerstr. 8 Uhr: Schwegler Komödienhaus. Mein Vetter Eduard. Berliner Theater. Dolly.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 21. d. Mts. teilen wir hierdurch mit, daß vorbehaltlich weiterer Preisänderungen...

Ortskrankenkasse der Gürtler. Bekanntmachung. Mit Wirkung vom 22. Oktober 1923 ist der Höchstgrundlohn auf 4.500.000.000 Mkt festgesetzt worden.

Die Austreibung. Nach dem Schauspiel von Carl Hauptmann / Manuskript Thea von Harbou. REGIE F. W. MURNAU.

Rennen zu Hoppegarten. Dienstag, 23. Oktober nachm. 12 1/2 Uhr. Marken-Zigaretten Tabake, Zigarren.

Stahlbetten. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 36A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Der wahre Wert

eines Seifenspulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. - Seifenspulver und Seifenspulver ist ein großer Unterschied!

Dirin

Heute's beliebtes Seifenspulver ist ein Seifenspulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung.

Billiges Waschen

Altmetalle. Quecksilber, Kupfer, Zinn, Messing, Blei, Kunst, Zuckermann, Lohninger Str. 48, R. 1461.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Gürtler, Kronenstoffer und Kronentempner. Heute, Dienstag, den 23. Oktober, nachm. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Branchenversammlung. Metall- und Revolverdreher - dreherinnen und Lehrlinge. Heute, Dienstag, den 23. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Branchenversammlung. Uhrmacher und Zunfturkunden. Heute, Dienstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Vortragsaal, Wilhelmstraße 180.

Verkäufe

Schulz, Adnerstraße 6, an der Elisenstraße. Qualitätssteppische Horstend billig, da alte Abfälle.

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Verkauf von hochwertigen Herrenanzügen. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Zylinderanzüge, Anoraks, Jacketts...

Arbeiterport.